

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Sept. – Okt. 2011

www.kulturrat.de

ISSN 2191-5792 · B 58 662

Kein Märchen aus tausendundeiner Nacht

Der Bruch des 11. September 2001 enthält die Chance eines kulturellen Aufbruchs / Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Wer sich vor elf Jahren entschloss, Islamwissenschaften zu studieren, wählte bewusst ein sogenanntes „Kleines Fach“. So mancher wurde sicherlich von seinen Eltern gefragt, wie er oder sie auf etwas so Abseitiges käme und was er oder sie damit wolle. Letztere Frage zielte auf den ohnehin begrenzten Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler ab, der bei den Islamwissenschaftlern noch prekärer war. Die Mitarbeiter der Museen für islamische Kunst waren Spezialisten, die sich mit einem Feld befassten, das exotisch war und ein bisschen – zumindest manchmal – an Märchen aus tausendundeiner Nacht erinnerte. Die zeitgenössische Kunst aus dem Nahen Osten spielte eine untergeordnete Rolle. Ein pragmatisches Verhältnis hatten deutsche Unternehmen unterschiedlichster Branchen zu den Ländern des Nahen Ostens beziehungsweise Nordafrikas. Sie konnten dort entweder ihre Waren absetzen oder aber waren als Auftragnehmer, beispielsweise aus der Bauindustrie, in diesen Ländern tätig. Die, wie man heute sagt, islamischen Länder waren gute Auftraggeber, die nur dann kritisch betrachtet wurden, wenn es um die Höhe des Rohölpreises ging.

Der 11. September 2001 änderte das vertraute Terrain schlagartig. Er war ein kultureller Bruch. Ein kultureller Bruch, weil auf einen Schlag deutlich wurde, dass die westliche Art und Weise zu leben und zu wirtschaften nicht allseits akzeptiert wird. Dieses traf den Westen besonders hart, da nach dem Ende des Kalten Krieges vielfach die Meinung vorherrschte, der Kapitalismus und mit ihm der westliche „way of life“ habe gesiegt. Es war darüber hinaus ein kultureller Bruch, weil auf einmal von „dem Moslem“ beziehungsweise „dem Islam“ gesprochen wurde. Viele selbsternannte oder auch dazu gemachte Experten konnten und können weiterhin in den Medien ihre Meinungen über den Islam verbreiten. Differenzierung ist scheinbar nicht gefragt. Ein besonders prägnantes Beispiel für die Pflege von Vorurteilen war der Anschlag in Norwegen im Juli dieses Jahres. Ein, wie man so schön sagt, Bio-Norweger verübte ein grässliches Attentat im Osloer Regierungsviertel und der Insel Utøya. Junge Menschen, die in Utøya diskutieren und feiern wollten, wurden erschossen. In den Medien, und zwar unabhängig davon, ob es sich um den öffentlich-rechtlichen oder den privaten Rundfunk handelte, war direkt nach dem Anschlag, als der Attentäter noch nicht bekannt war,



© Paul Fusco/Magnum Photos/Agentur Focus

von islamistischem Terror die Rede und die „Experten“ wussten sogleich die Spuren zu deuten. Dieses wahrlich schreckliche Beispiel zeigt, wie eingeschränkt die Wahrnehmung seit dem 11. September 2001 ist. Wenn etwas Ungeheuerliches passiert, ein Terroranschlag oder ein Attentat, ist der erste Verdacht: Ein Islamist hat dieses zu verantworten und das obwohl von den 249 Terroranschlägen, die in der EU im letzten Jahr zu beklagen waren, „nur“ drei einen islamistischen Hintergrund hatten.

Verräterische Sprache

Allein das Wort „Islamist“ ist ein weiterer Beleg für die veränderte Betrachtung von Menschen islamischen Glaubens. Als Ende der 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die „das Boot ist voll-Position“ gegenüber Asylbewerbern weit verbreitet war, wurden aus Asylbewerbern auf einmal Asylanten. Diese rein sprachliche Abwertung war auch ein politisches Signal. Auf einer ähnlich subtilen Ebene des Bedeutungswandels findet die sprachliche Beschreibung von Menschen muslimischen Glaubens statt. Allzu schnell ist von Islamisten und von islamistischer Haltung die Rede. Es wird darüber hinaus oft quantifiziert. Die Moslems sind viele. Ihre Familien haben viele Kinder. Männer unterdrücken ihre Frauen, Väter verbieten ihren Töchtern den Sportunterricht. Vorurteile, Pauschalisierungen und subtile Abwertungen feiern fröhlich Urständ. Eine undifferenzierte Betrachtung von Menschen muslimischen Glaubens konnte sich seit dem 11. September vielfach durchsetzen. Dass selbst sogenannte Eliten davon erfasst sind, zeigt das Beispiel Thilo Sarrazin. Nicht nur, dass es bemerkenswert ist, dass ein ehemaliger Bahnmanager, Finanzsenator und Bundesbankvorstandsmitglied biologistische Ideen verbreitet, die eigentlich seit 1945 in Deutschland keinen Nachhall mehr finden sollten. Noch bemerkenswerter ist, dass ihm von den Medien so viel Aufmerksamkeit zuteil wird, sodass seine Thesen tatsächlich eine weite Verbreitung finden. Im vergangenen Jahr reihte sich im Zuge des Er-

scheinens des Buches „Deutschland schafft sich ab“ Talkshow an Talkshow, in denen entweder er selbst zu Wort kam oder sich zumindest mit seinen Thesen befasste wurde. In seriösen Zeitungen waren Vorabdrucke zu lesen. Erst im Juli dieses Jahres verschaffte das Kulturmagazin aspekte (ZDF) flankiert von der „Springerpresse“ (Welt, Bams und Bild) Thilo Sarrazin erneut einen Auftritt, um seine Thesen von „faulen muslimischen Türken und Arabern“, die von Hartz IV leben, zu verbreiten.

Und der Kulturbereich, ist er stumm? Wir denken nein, aber er war und ist nach wie vor verstört. Verstört über die Kraft der Religion. Verstört über den Angriff auf die westliche Welt. Verstört über den eigenen Umgang mit dem Fremden und mit den Fremden.

Kraft der Religion

Die Religion spielte bis zum 11. September 2001 in Deutschland eine untergeordnete Rolle. Selbstverständlich war und ist es jedem selbst überlassen, einer Religionsgemeinschaft anzugehören. Ob jemand glaubt oder nicht, ist Privatsache und die Kirchen sind oftmals moralische Stimmen, die aus guter alter Gewohnheit gefragt werden. Spätestens mit der Wiedervereinigung war die Säkularisierung in Deutschland allgemein akzeptiert. Insbesondere die Kunst hatte sich emanzipiert von der Religion und zwar nicht nur mit Blick auf die Kirche als Auftraggeber für Künstler, sondern auch hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Religion. Strenge religiöse Vorgaben sind spätestens mit der Bildungsoffensive in den 1970er Jahren passé gewesen. Das katholische Mädchen aus Niederbayern als Sinnbild für verpasste Bildungschancen dient allenfalls noch als Erinnerung für überwundene Zeiten. Einige Künstler verarbeiteten zwar ihre eigenen religiösen Erfahrungen künstlerisch, doch dieses hatte längst nicht mehr die Sprengkraft wie etwa das berühmte Tryptychon von Max Ernst „Die Jungfrau züchtigt das Jesuskind vor drei Zeugen“ aus dem Jahr 1926. Religion schien für die Kunst an Kraft verloren zu haben. Kunst wurde zur Ersatzreligion der Säkularisation.

Der 11. September bricht damit. Auf einmal wird anschaulich, welche Kraft religiöse Überzeugungen entfalten können im positiven wie im negativen Sinne. Dass sie aber eine solche Kraft haben, hat gerade auch im Kulturbereich für Irritationen gesorgt.

Angriff auf die westliche Welt

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zerfall der Sowjetunion, dem Auseinanderfallen des Warschauer Pakts und letztlich der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schien die westliche Welt den Wettbewerb der Systeme gewonnen zu haben. Dieser Wettbewerb der Systeme hat die politischen Akteure, aber ebenso die kulturelle Öffentlichkeit dermaßen in Atem gehalten, dass das Aufkommen anderer Strömungen im Nahen Osten, in der arabischen Welt oder auch in Nordafrika kaum zur Kenntnis genommen wurden. – Abgesehen vom Konflikt um Israel und Palästina, der aber eine ganz eigene spezielle Geschichte hat.

Dass in islamisch geprägten Ländern die westliche Art zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten auf Ablehnung stößt, verwirrte gerade jene, die meinten, den Sieg der Systeme errungen zu haben. Es erstaunte jene, die gesellschaftliche Freiheiten mühsam erkämpft hatten. Freiheiten wie das Zeigen des nackten Körpers, gleichgeschlechtliche Liebe, die Emanzipation, den Aufstieg durch Bildung und mehr. Und es ließ jene nicht nur im Osten Deutschlands sprachlos werden, denen durch den Untergang „ihres“ Systems die Alternative abhanden gekommen ist.

Wer noch in Erinnerung hat, wie die Wiederöffnung des Goethe-Instituts und die Einrichtung von Mädchenschulen in Afghanistan nach dem vermeintlichen Sieg über die Taliban gefeiert wurde, hat den stillen Stoßseufzer noch im Ohr, dass die westliche Welt mit ihren Werten wie Gleichberechtigung der Geschlechter doch gesiegt haben könnte. Dass dieses ein Trugschluss

Zu den Bildern

Flugzeuge stürzen in das World Trade Center, Rauch steigt auf. Dieses übermächtige, bildhafte Szenario hat sich weltweit in das Gedächtnis der Menschen eingebrannt. Ein einziges Bildmotiv, das in diesen Tagen erneut große Beachtung erfahren wird, da sich die Anschläge des 11. September nun zum zehnten Mal jähren. Wir haben im vorliegenden Dossier bewusst auf dieses Motiv verzichtet. Stattdessen wählten wir Bilder, die auf den ersten Blick alltäglich anmuten. Alle haben einen direkten Bezug zum 11. September, alle zeigen Menschen und Orte in New York, die von der Wucht des Ereignisses eingeholt wurden, und die sich in ganz unterschiedlicher Weise den Welt verändernden Anschlägen stellen. Die Fotos stammen von bekannten Fotografen. Sie setzen den Fokus auf die Menschen, auf den Schock, der bei Ihnen ausgelöst wurde. Aber sehen Sie selbst.

DIE REDAKTION ■

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Kein Märchen aus tausendundeiner Nacht

war, kann beinahe täglich den Nachrichten entnommen werden.

Umgang mit den Fremden

Der 11. September stellte aber auch den eigenen Umgang mit den Fremden auf eine Probe. Wie sieht es aus mit der Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Kunst aus Ländern des Orients? Welche Rolle spielt die Kunst der in Deutschland schon lange lebenden Migranten muslimischen Glaubens? Interessiert, welche Bedeutung die Religion für ihr künstlerisches Schaffen hat, tatsächlich? Und überhaupt, wie werden Migranten wahrgenommen? Sind alle Migranten auf einmal Muslime? Wird dabei nicht allzu schnell vergessen, dass die ersten Arbeitsmigranten aus katholisch geprägten

Ländern wie Spanien und Italien kamen? Und vor allem, und das ist für den Kulturbereich die schmerzlichste Erfahrung, war nicht allzu oft von der verbindenden Kraft der Kultur und viel zu wenig vom Trennenden die Rede? Wurde nicht viel zu selten beachtet, dass Kultur unter anderem bedeutet zu unterscheiden.

Bruch und Aufbruch

Wir sind fest davon überzeugt, dass, so befremdlich es auch klingen mag, der Bruch des 11. September 2001 die Chance eines kulturellen Aufbruchs enthält. Im Deutschen Kulturrat wäre es vor 9/11 sicherlich kaum denkbar gewesen, sich intensiv mit dem Thema Kultur und Kirche oder wie jetzt mit dem Themenkomplex Islam · Kultur · Politik auseinanderzusetzen, da dieses als zu abseitig, fast gestrig, gewirkt hätte. Es ist gut, wenn viel bekannter wird, wie vielschichtig der Islam ist. Welche unterschiedlichen Ausprägungen es gibt, welche Reformbestrebungen, wie sich islamische Theologen mit den

Größen der christlichen Theologie auseinandersetzen. Wenn das Bewusstsein für die enge Verbindung der großen monotheistischen Religionen geschärft wird und wenn die Verbindungen deutlicher erkennbar werden.

Es ist erfreulich, wenn neben der Islamwissenschaft, die die islamisch geprägte Welt erforscht und damit einen geografischen Raum von Nordafrika bis Südasien in den Blick nimmt, auch islamische Theologie jetzt einen Stellenwert an den deutschen Hochschulen erhält. Die Etablierung der islamischen Theologie wird sicherlich nicht nur die Arbeit in den Moscheegemeinden, sondern ebenso die Auslegung des Korans verändern. Wenn ein Dialog mit den christlichen Fakultäten entsteht, ist dies sicherlich eine Bereicherung. Und wer heute Islamwissenschaft studiert, belegt kein Nischenstudium mehr. Islamexperten sind nicht nur bei den Sicherheitsbehörden gesuchte Spezialisten.

Es ist positiv, wenn anerkannt wird, dass immerhin 4 Millionen Menschen in Deutschland leben, die muslimischen Glaubens sind und dass diese

Gläubigen ebenfalls Anspruch auf religiöse Orte haben. Wenn diese religiösen Orte auch noch architektonisch anspruchsvoll gestaltet werden, umso besser.

Es ist nicht verkehrt, wenn die Auseinandersetzung mit dem Islam auch dazu führt, sich der eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln zu versichern und sei es auch nur, um festzustellen, sie tatsächlich gekappt zu haben.

Und nicht zuletzt bietet der erwähnte Bruch – ungeachtet aller mit ihm verbundenen Tragik – die Chance neugierig, mit offenen Augen und Ohren auf die Kunst aus islamisch geprägten Ländern sowie die künstlerischen Ausdrucksformen hier lebender Muslime zu schauen und zu hören. Es liegt auch an uns, welche Wirkungen der 11. September 2001 in der Zukunft entfalten kann.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Der 11. September und die Islamwissenschaft

Warum musste der Islam nach dem 11. September 2001 neu erklärt werden / Von Peter Heine

In den knapp 150 Jahren der Geschichte der deutschsprachigen Islamwissenschaft waren stets zwei unterschiedliche Tendenzen zu beobachten, eine philologische und eine aktualitätsbezogene. Das Fach war als eine Hilfswissenschaft der Theologie, vor allem der Erforschung des Alten Testaments, entstanden. Theologen der unterschiedlichsten Schulen gingen davon aus, dass man tiefere Einsichten in die Texte der Thora erlangen könnte, wenn man zum Vergleich Texte und ethnographische Berichte über die Araber, Beduinen wie Sesshafte, heranziehen könnte. Erst nach und nach verselbständigte sich die Islamwissenschaft und kam aus den theologischen in die philosophischen Fakultäten der Universitäten.

Die Philologen untersuchten die Textgeschichte des Korans oder die vor- und frühislamische arabische Poesie. Sie verfassten umfangreiche Geschichten der Literaturen islamischer Sprachen, vor allem des Arabischen, oder sie setzten sich auf der Basis von schriftlichen Quellen mit der Geschichte des islamischen Rechts auseinander. Diese Forscher bildeten die Mehrzahl der Gelehrten. Forscher, die sich mit aktuellen Verhältnissen in der islamischen Welt befassten, waren in der Minderheit. Diese Verhältnisse konnten sich auf Grund von politischen Entwicklungen verändern. In der Zeit des Ersten Weltkriegs, in der das Deutsche Kaiserreich mit dem Osmanischen Reich verbündet war, gab es ein lebhaftes politisches und öffentliches Interesse an der islamischen Welt. Im Zweiten Weltkrieg versuchte das NS-Regime die Sympathie verschiedener muslimischer Politiker zu gewinnen. Auch dabei wurden Islamwissenschaftler mit gegenwartsbezogenen Themen gebraucht. In der Nachkriegszeit waren es in der Bundesrepublik wieder die Philologen, die die wissenschaftliche Agenda des Faches bestimmten. In der DDR waren es eher die aktuellen Fragen, mit denen sich die Forschung zu befassen hatte.

Eine erste Veränderung begann in der Bundesrepublik nach dem Junikrieg von 1967 und der Studentenrevolte von 1968. Zahlreiche Studenten, die an der Nahostfrage interessiert waren und auch Sozial- oder Politikwissenschaften studierten, nahmen ein Studium der Islamwissenschaft auf. Sie waren naturgemäß an gegenwartsbezogenen Themen interessiert, wobei gesellschaftliche Fragestellungen im Vergleich zu religionsbezogenen Themen in den Vordergrund traten. Die in vielen Teilen der islamischen Welt sich vollziehende Reislamisierung wurde dagegen kaum zur Kenntnis genommen. Erst mit dem Erfolg der Islamischen Revolution im Iran Ende der 1970er Jahre traten Fragen des Islams als religiöses System wieder in den Vordergrund – nicht nur der Islamwissenschaft, sondern auch des öffentlichen Interesses. Dieses Interesse stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an und erreichte einen neuen Höhepunkt im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Einmarsch des Irak in Kuwait im Jahr 1990/91. Dabei war vor allem überraschend, dass der Konflikt keine religiösen oder kulturellen, sondern vor allem wirtschaftliche und politische Hintergründe hatte. Das folgende Jahrzehnt war gekennzeichnet von wiederkehrenden Krisen in der islamischen Welt und einem daraus erwachsenden weiteren öffentlichen Interesse. Ihren Höhepunkt erreichte



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

diese Entwicklung mit den Ereignissen des 11. September 2001. Das Interesse der Öffentlichkeit konzentrierte sich dabei vor allem auf die radikalen Formen des Islams einerseits und die Frage der Integration muslimischer Minderheiten in Deutschland und Europa andererseits.

Für die Islamwissenschaft hatte diese Entwicklung verschiedene Konsequenzen. Anfragen der verschiedenen Medien an die Fachvertreter wuchsen geradezu lawinenartig an. Publikumsverlage suchten Fachautoren, die bereit waren, Darstellungen zum Islam für ein größeres Publikum zu verfassen. Dem verweigerten sich manche Vertreter der akademischen Islamwissenschaft und überließen das Feld populären Autoren. Kaum eine Einrichtung der Erwachsenenbildung oder anderer öffentlicher Institutionen verzichtete auf Islamthemen.

Das verstärkte öffentliche und politische Interesse am Islam führte dazu, dass vor allem die großen staatlichen und privaten Forschungsförderungsorganisationen Programme auflegten, in denen Fragen zu verschiedenen Aspekten des gegenwärtigen Islams thematisiert wurden. Wegen der wachsenden Bedeutung von Drittmitteln für die Forschungsfinanzierung wurden diese Programme nicht nur von Islamwissenschaftlern, sondern auch von Politik- und Sozialwissenschaftlern nachgefragt, sodass sich Veränderungen der

auf den Islam bezogenen Forschungslandschaft ergaben. Das öffentliche Interesse führte auch dazu, dass akademische Positionen für den islamwissenschaftlichen Bereich nur in wenigen Fällen von den allgemeinen Personalkürzungen an den deutschen Hochschulen betroffen waren, vielmehr eine Reihe von universitären und außeruniversitären Einrichtungen neu geschaffen wurden. Innerhalb der Islamwissenschaft war im Übrigen eine Reihe von grundlegenden Veränderungen festzustellen. Die wichtigste ist wohl die Überzeugung, dass Forschungen zum Islam und zu Muslimen auch und vor allem in Kooperation mit muslimischen Wissenschaftlern erfolgen sollten. Verkürzt ausgedrückt: Nicht mehr Forschung über Muslime, sondern mit Muslimen. Vor allem in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen arbeiten heute Muslime und Nicht-Muslime Schreibtisch an Schreibtisch an gemeinsamen Forschungsprojekten. Eine andere Veränderung ist die sich verringere Bedeutung der Philologie. Obwohl die modernen elektronischen Übersetzungshilfen die Bewältigung von großen Mengen an Texten in Arabisch, Persisch, Türkisch, Urdu oder anderen muslimischen Literatursprachen erleichtern können, bleibt fehlende philologische Kompetenz doch eine Gefahr für eine gesicherte Übertragung und Interpretation dieser Texte. Durch Intensivkurse, auch vor Ort, kann eine

gewisse Sprachkompetenz erworben werden. Die nicht gekennzeichnete Bezugnahme auf eine Koranstelle oder eine Prophetentradition in einem Originaltext muss jedoch ebenfalls erkannt werden – hier setzt die philologische Kompetenz ein. Die Verengung der Perspektive auf radikale Formen des Islams in der Öffentlichkeit stellt die Islamwissenschaft vor besondere Herausforderungen. Schon bei dieser Thematik geht es darum, allgemein zu verdeutlichen, dass hier zwischen verschiedenen Gruppen und Ideologien unterschieden werden muss. Das Bestehen auf einer islamischen Identität weist nicht unbedingt auf terroristische Tendenzen hin. Wirtschaftliche oder demografische Bedingungen sind im Grunde von größerer Bedeutung für Radikalisierung als radikal-islamische Überzeugungen. Angesichts der weit verbreiteten Gleichsetzung von Islam und Terrorismus muss es der Islamwissenschaft vor allem darum gehen, auch wieder auf die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt des Islams hinzuweisen und für eine Differenzierung bei der Betrachtung dieser großen und beeindruckenden Kultur zu werben.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR ISLAMWISSENSCHAFT DES NICHT-ARABISCHEN RAUMES AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN ■

Die Islamisierung des Islams

Von Thomas Bauer

Vor dreißig Jahren hat der französische Historiker Maxime Rodinson mit Genugtuung festgestellt, dass „ein kultureller Essentialismus, der die Vorherrschaft der Religion hervorhob [...], der davon ausging, es gebe für jede Kultur ein dauerhaftes, „reines“ Modell“, aus der Islamwissenschaft weitgehend verschwunden ist. Doch genau jener Kulturalismus, der davon ausgeht, dass eine Kultur „ihre“ Menschen auf unabänderliche Weise „prägt“ (und vergisst, dass es die Menschen sind, die die Kultur erst machen) hat sich in vielen Medien und in der breiten Öffentlichkeit immer mehr durchgesetzt, jedenfalls dann, wenn vom Islam die Rede ist.

Sicherlich haben die Anschläge vom 11. September 2001 eine zentrale Rolle in dieser Entwicklung gespielt. Aber es ist ebenso richtig, dass die Anschläge eine bereits im Gang befindliche Entwicklung zwar auf unerhörte Weise verstärkt und beschleunigt, sie aber nicht hervorgerufen haben. Laut Human Rights Watch wird der Beginn der Islamfeindlichkeit in den USA auf die 1970er Jahre datiert. Huntingtons „Clash of Civilizations“ ist 1996 erschienen, und auch die meisten der heute aktiven „Islamkritiker“ haben bereits vor 2001 publiziert. Dabei bedienten sie sich genau jener essentialistischen Denkweise, von der sich die Islamwissenschaft erfolgreich gelöst hatte. Doch während man sich als Islamwissenschaftler mit kulturalistischen Ansätzen nur noch blamieren konnte, hatten populäre „Islamexperten“ mit ihnen umso größeren Erfolg. Um den Islam als das ganz und gar Andere hinzustellen, zogen sie sich die abgelegten Kleider an und zeichneten das Bild einer einheitlichen, ganz durch religiöse Normen geprägten islamischen Kultur, die in allem den Gegenpol zum Westen darstellt.

Die wichtigste Strategie, die islamischen Kulturen zu „verfremden“, ist das, was ich in Anlehnung an Aziz Al-Azme die „Islamisierung des Islams“ nenne. Voraussetzung hierfür ist die Gleichsetzung von Religion und Kultur „im Islam“. Oft geschieht dies unbeabsichtigt allein deshalb, weil die „islamische Kultur“ die einzige Weltkultur ist, die nach ihrer Religion benannt ist. Die 36 Bände der „Fischer Weltgeschichte“ tragen entweder die Titel von Epochen („Vorgeschichte“), Völkern („Griechen und Perser“) oder geografische Bezeichnungen („Indien“, „Afrika“). Einzige Ausnahme sind die Bände über den „Islam“. Diese Gleichbenennung führt häufig zu dem Fehlschluss, es gebe „im Islam“ tatsächlich keinen Unterschied zwischen Kultur und Religion. Damit ist der Boden für die folgenden „Islamisierungsschritte“ bereitet:

1. Durch die Bezeichnung „islamisch“ wird auch für religionsferne Bereiche eine religiöse Identität suggeriert, etwa wenn man von „Islamischer Medizin“ spricht, obwohl sie die (vielfach von Christen und Juden betriebene) Fortentwicklung der antiken Medizin darstellt, die keinerlei religiöse Komponente hat.

2. Gesellschaftliche Bereiche in denen Religion kaum eine Rolle spielt, werden ignoriert oder marginalisiert. Dies gilt etwa für die klassische arabische und persische Literatur, die über mehr als ein Jahrtausend einer der wichtigsten gesellschaftlichen Diskurse war. So ist es kein Zufall, dass es über die Geschichte der islamischen Theologie gute Darstellungen in deutscher Sprache gibt, während eine brauchbare Geschichte der arabischen Literatur in einer westlichen Sprache bis heute fehlt. Ein ähnliches Desinteresse lässt sich auch für die arabische Literatur der Gegenwart verzeichnen, trotz zahlreicher Übersetzungen und eines rastlosen Engagements von Kleinverlagen.

3. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gab es verschiedene, oft widersprüchliche Diskurse, deren Nebeneinander aber dank einer hohen Ambiguitätstoleranz weitgehend akzeptiert wurde. So gab es auf dem Gebiet der Politik religiöse Diskurse in der Theologie und im Recht neben weitgehend säkularen Diskursen in Herrscheratgeber, der Dichtung und der Philosophie. Im Sinne der „Islamisierung des Islams“ werden nun die religiösen Diskurse als die typischen, die nichtreligiösen als untypisch und unwichtig abgewertet, auch wenn dies der historischen Realität nicht entspricht.

4. Diskurse, die religiöse Elemente enthalten, werden auf diese religiösen Elemente reduziert. So werden etwa die nichtreligiösen Elemente des „islamischen“ Rechts häufig übersehen. Gewalttaten von Gruppen wie der Hamas oder der des



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

irakischen Widerstands werden als ausschließlich religiös motiviert dargestellt, auch wenn die Akteure vorwiegend national argumentieren.

5. Gibt es verschiedene religiöse Diskurse nebeneinander, wird derjenige, der nach westlichen Maßstäben der „konservativste“ und radikalste ist, als Norm betrachtet, etwa wenn der Wahhabismus Saudi-Arabiens als besonders „orthodox“ bezeichnet wird, obwohl islamische Gelehrte aller Richtungen und Regionen den Wahhabismus als extremistisch, ja gar als unislamisch, verurteilten. Vollends pervertiert wird dieses Islambild schließlich von einigen „Islamkritikern“, die den Dschihadismus von al-Qa'ida, den fast alle Muslime ablehnen, für den „wahren“ Islam halten (und damit einer Meinung mit den Dschihadisten sind). Besonders tückisch an der „Islamisierung des Islams“ ist, dass sie nicht nur von Nichtmuslimen betrieben wird, sondern auch von Muslimen selbst. Das Islambild muslimischer Fundamentalisten ähnelt verblüffend demjenigen nichtmuslimischer „Islamkritiker“. In beiden Fällen steckt sicherlich eine „Angst vor der Moderne“ dahinter,

die Sehnsucht nach einem einfachen Weltbild in einer komplexen Welt.

Doch noch ein weiteres kommt hinzu. Die klassische islamische Kultur war in hohem Maße eine „Kultur der Ambiguität“. Ein Jahrtausend lang wurde Phänomenen der Vieldeutigkeit, Vagheit und Widersprüchlichkeit eine hohe Toleranz entgegengebracht. Man war stolz auf die Varianten des Korantextes, auf die Möglichkeit, Koranverse auf viele unterschiedliche Weisen auszulegen, man störte sich nicht daran, dass in vielen Lebensbereichen unterschiedliche, oft einander widersprechende Normen galten, und man begeisterte sich an literarischen Texten, die die Vieldeutigkeit ins Extrem steigerten. Diese Ambiguitätstoleranz ging in vielen islamischen Gesellschaften im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts verloren, als man sich mit mächtigen, aber weitgehend ambiguitätsintoleranten westlichen Ideologien auseinandersetzen musste. Hier bot sich der Rückgriff auf leicht ideologisierbare, fundamentalistische Strömungen als attraktivere Lösung an. Aus ihnen ließ sich eine islamische,

ambiguitätsintolerante Ideologie formen, die der westlichen Herausforderung eher gewachsen zu sein schien als die Differenziertheit und Komplexität der islamischen Tradition. Genau diese ideologisierte, nach Ambiguitätslosigkeit strebende Form des Islams bot sich nun auch für den Westen zur Konstruktion eines „Feindbilds Islam“ an. Feindbilder müssen immer ambiguitätsfrei sein. So kam es zu einer fatalen Korrespondenz zwischen islamischem Fundamentalismus und westlicher Islamfeindschaft, deren gemeinsamer Nenner die Idee einer ambiguitätsfreien Kultur ist. Doch nun scheint sich eine andere Entwicklung anzubahnen. Der Glaube an Ideologien ist in den arabischen Ländern ins Wanken gekommen. Der „Arabische Frühling“ könnte ein Durchbruch zu einer neuen, wieder ambiguitätstoleranteren islamischen Kultur sein. Umso dringender ist es, dass nun auch das westliche Islambild revidiert wird.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR ISLAMWISSENSCHAFT UND ARABISTIK AN DER WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER ■

Täglich wird islamisches Recht angewandt

Gabriele Schulz im Gespräch mit Mathias Rohe

Welche Rolle islamisches Recht in Deutschland spielt, fragte Gabriele Schulz den Islamwissenschaftler und Juristen Mathias Rohe.

politik und kultur: War für Sie 09/11 ein Anlass sich mit dem islamischen Recht zu befassen oder liegen die Gründe schon weiter zurück?

Mathias Rohe: Bei mir liegen die Gründe schon sehr viel weiter zurück. Ich befasste mich mit dem islamischen Recht schon seit Anfang der 1980er-Jahre. Ich habe Islamwissenschaft und Jura studiert. Von daher hat mich in meinem islamwissenschaftlichen Studium besonders auch der rechtswissenschaftliche Bereich interessiert.

puk: Wie entstand dieses Interesse?

Rohe: Es entstand zuerst über die Berufstätigkeit meines Vaters. Er war im Orient in der internationalen Bauindustrie geschäftlich tätig. Ich war also schon als kleiner Junge vor Ort und mich hat diese Welt fasziniert. Diese Faszination hat schließlich dazu geführt, dass ich mehr über die Region erfahren wollte.

puk: Wollten Sie vor diesem Hintergrund auch mehr über das islamische Recht wissen?

Rohe: So war es, und es war gar nicht so einfach, das Doppelstudium Jura und Islamwissenschaft zu absolvieren. Ich musste eine Ausnahmegeneh-

migung für diese Studienkombination beantragen. Dabei wurde ich gefragt, was ich denn mit dieser Ausbildung wolle. Sie war nicht das, was man als Mainstream bezeichnen würde.

puk: Besteht heute eine andere Situation? Gerade auch an Ihrem Lehrstuhl?

Rohe: Islamisches Recht wird heute deutlich stärker nachgefragt. Da die vertiefte Beschäftigung mit islamischem Recht aber nach wie vor an sehr wenigen Standorten in Deutschland stattfindet, zieht es einige Studierende an den Studienort Erlangen.

puk: Hat das islamische Recht für uns in Deutschland eine Bedeutung?

Rohe: Es hat deshalb eine Bedeutung, weil das deutsche Recht ihm eine Bedeutung verleiht. In bestimmten Zusammenhängen schreibt das deutsche Recht vor oder ermöglicht zumindest, dass auch ausländische Rechtsvorschriften hier Anwendung finden. Das gilt selbstverständlich nicht für das Strafrecht oder das öffentliche Recht. Es gilt aber in manchen Bereichen des bürgerlichen Rechts, wenn es also um vorwiegend private Rechtsbeziehungen geht, nämlich dann, wenn die Rechtsverhältnisse international werden. Beispiele hierfür sind gemischtnationale Ehen oder Ausländer, die sich hier aufhalten.

Dann schreibt unser eigenes Recht vor, dass wir das Heimatrecht dieser Personen anzuwenden haben, wenn bestimmte Fragen zum Beispiel Familienangelegenheiten betroffen sind.

puk: Findet das in der Praxis auch Anwendung?

Rohe: Jeden Tag. Unsere Standesämter, unsere Verwaltungen, unsere Gerichte müssen jeden Tag ausländisches Recht anwenden. Diese Anwendung hat allerdings auch ihre Grenzen. Noch einmal, unser eigenes Recht ordnet die Anwendung ausländischen Rechts, also auch des islamisch geprägten ausländischen Rechts, an. Unser Recht schließt die Tür zugleich aber auch. Nämlich dann, wenn das Ergebnis der Anwendung ausländischen Rechts mit unseren grundlegenden Rechtsvorstellungen nicht vereinbar ist. Im Sinne des Vertrauensschutzes sind wir einerseits bereit, fremdes Recht anzuwenden, weil sich Menschen darauf verlassen, dass ihre nach ausländischem Recht geordneten Verhältnisse auch hier fortbestehen. Diese Anwendung bedeutet andererseits nicht, dass wir deshalb unsere Rechtsvorstellungen aufgeben. Nehmen wir als Beispiel die Ungleichheit der Geschlechter, die in manchen Rechtsordnungen gilt. Diese wird grundsätzlich nicht

Fortsetzung von Seite 3

Interview Mathias Rohe

akzeptiert, nur in denjenigen Ausnahmefällen, in denen wenig Bezug zum Inland besteht oder in denen sich auch die hier lebenden Ausländer darauf eingerichtet haben, beispielsweise bei Anerkennung einer vom Ehemann unter Bezug auf islamisch geprägtes Recht im Ausland einseitig vorgenommene Scheidung, mit der auch die Ehefrau einverstanden ist. Im Inland würde dergleichen selbstverständlich nicht anerkannt.

puk: Ist das islamische Recht, abgesehen von der Rechtspraxis, die Sie eben geschildert haben, aus rein wissenschaftlicher Sicht ebenfalls ein interessantes Thema?

Rohe: Absolut. Vor allem deshalb, weil die Scharia (religiöse und rechtliche Normen des Islams) etwas ganz anderes ist als ein einfaches Gesetzbuch. Sie ist eine hochkomplexe Materie, die sich über die Jahrhunderte stets gewandelt hat und

sich gerade auch in unserer Zeit immer wieder verändert. Wenn Sie heute den Rechtszustand in Marokko, Tunesien, Saudi-Arabien und dem Iran vergleichen, so stellen Sie fest, dass sich alle auf die Scharia berufen, aber zu außerordentlich unterschiedlichen Ergebnissen zum Beispiel beim Geschlechterverhältnis gelangen. Um es zuzuspitzen: Man kann auf islamischen Grundlagen ebenso sehr einen demokratischen Rechtsstaat legitimieren wie eine Religionsdiktatur iranischer oder saudi-arabischer Ausprägung.

puk: Hat das islamische Recht auch eine Relevanz für das Völkerrecht?

Rohe: In gewissem Umfang zwar schon, das Völkerrecht wird aber von allen Rechtsordnungen der Welt geprägt. Konkret erleben wir, dass bei internationalen Verträgen islamische Staaten häufig sogenannte Scharia-Vorbehalte einfügen. Das heißt, sie akzeptieren bestimmte Vorschriften nur im Rahmen der Scharia, also des islamischen Rechts. Das führt zu Problemen, etwa bei der Religionsfreiheit oder der Gleichberechtigung der Geschlechter.

puk: Wird das islamische Recht seit 9/11 anders gesehen oder stellen Sie keine Veränderung fest?

Rohe: Der 11. September 2001 und seine Folgeerscheinungen haben sehr vieles verändert. Der Islam ist zu einem Angstfaktor geworden. Und das islamische Recht wurde von vielen pauschal zu einem Gegenpol einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung stilisiert. Der islamisch begründete Extremismus wird in der Folge von 9/11 teilweise als repräsentativ für den gesamten Islam angesehen. Mir ist auch aufgefallen, dass sich die Interessen an dem Thema verändert haben.

puk: Inwiefern?

Rohe: Vor 9/11 waren es oft kulturell interessierte Personen und Organisationen aus dem Umfeld der Wissenschaft oder der Kirchen, die sich für das Thema interessiert haben. Seit 9/11 haben auch Politik und Verwaltung wie die Innenministerien weltweit großes Interesse an dem Thema, zunächst vor allem aus Sicherheitsaspekten. Das ist im Ergebnis nicht nur schlecht, denn dadurch ist das Thema Islam auch im Hinblick auf ein

gleichberechtigtes Zusammenleben mit der übergroßen Mehrzahl friedliebender Muslime ganz oben auf der politischen Agenda gelandet. Diese Aufmerksamkeit ist deshalb wichtig, weil unterschieden werden muss, wo reale Gefahren durch den Extremismus bestehen und wo es keine Gefahren oder Probleme gibt und diese letztlich von Islamhassern konstruiert werden. Insgesamt ist trotz aller Sarrazinaden auch wieder die Bereitschaft gewachsen, sich mit dem Thema differenzierter auseinanderzusetzen.

puk: Herr Rohe, vielen Dank für das Gespräch.

MATHIAS ROHE IST PROFESSOR FÜR BÜRGERLICHES RECHT, INTERNATIONALES PRIVATRECHT UND RECHTSVERGLEICHUNG AN DER FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG UND GRÜNDUNGSDIREKTOR DES ERLANGER ZENTRUMS FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Augen ohne Gedächtnis sehen nichts

Persönliche Reflexionen zu 9/11 / Von A.S. Bruckstein Çoruh

Die Berichte über das Attentat in New York am 11. September 2001, die Video-Loops mit den Bildern der brennenden und zu Staub zerfallenden Türme haben mich damals in der Öffentlichkeit überrascht, am Bahnhof Zoo, auf dem Bildschirm gleich neben dem Reisecenter.

Ich kam von Jerusalem nach Berlin, hatte mich entschieden, eine Weile in dieser Stadt zu leben, in der Hoffnung, in Berlin etwas neu zu beginnen: so etwas wie eine Renaissance der kosmopolitischen jüdischen Traditionen in Wissenschaft und Kunst, die ich in Israel auf traurige Weise verloren sah. Ich kam mit Neugierde auf das pulsierende, „neue“ Berlin in die Stadt, und einer meiner ersten Eindrücke waren die Fernsehbilder aus New York, die schon Minuten nach dem Attentat in immer wiederholten Endlos-Schleifen ihre lähmend-fesselnde ästhetische Wirkung entfalten: schlanke Türme, der Inbegriff westlicher Freiheit, versinken in Staub und Asche, immer wieder, vor den Augen aller. Wie alle war ich fasziniert vom Schrecken der Bilder, aber auch schockiert von ihrer obsessiven Wiederholung, von der unmittelbaren Prägung einer Ikonographie des Schreckens, die schon Minuten nach dem Attentat den Charakter der Prägung einer Marke annahm, eine Marke, die auch bald genutzt wurde: einerseits, um eine „Koalition der Willigen“ für einen Krieg gegen den Irak zu schmieden; andererseits, um das „Fremde unter uns“ zu konfigurieren. Das Letztere geschah auf eine Weise, die ich von Beginn an extrem unheimlich fand. Die endlosen in schamloser Unwissenheit geführten öffentlichen Debatten über bestimmte Begriffe der klassischen islamischen Theologie in Verbindung mit politischer Gewalt fand ich beängstigend, die wahllose Aneinanderreihung von Attributen wie „9/11“ / „Islam“ / „Scharia“ / „islamistischer Terror“ / „Dschihad“ / „Koran“ / „Kopftuch“ / „patriarchalische Gewalt“ / „Ist der Islam vereinbar mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, und so weiter, atemberaubend in ihrer Verkettung literarischer Begriffe, die keiner wirklich kennt, mit den Phänomenen verbrecherischer Gewalt, die wir alle ächten. Die Juden haben sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gegen Kollektivschuldungen ähnlicher Prägung wehren müssen: die Halakha und der Talmud seien rückständig, unvereinbar mit der Aufklärung, unethisch und homophob; jüdische Intellektuelle haben damals gerichtliche Prozesse gegen öffentliche Beleidigungen des Judentums geführt. Vor diesem Hintergrund ist es ermutigend, dass es Anfang dieses Jahres endlich ein erstes offizielles Treffen zwischen dem Zentralrat der Juden und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland gab, um über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in dieser Republik zu sprechen, auch die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland hat sich dieses Jahr mit Vertretern des Zentralrats der Muslime zu Gesprächen getroffen, und das Jüdische Museum Berlin veranstaltet noch in diesem Herbst sein Jubiläumssymposium zum Thema „Visionen der Zugehörigkeit – Juden, Türken und andere Deutsche“, um die Ressourcen pluraler Identitäten in Deutschland zu feiern und zu stärken.

Dennoch, anders als in London nach dem 7/7 U-Bahn Attentat 2005, wo Bürgermeister Ken Livingstone noch am selben Tag öffentlich betonte, die Londoner würden sich als Folge dieses Attentats auf keine Diskriminierung ihrer Muslime einlassen, und auch anders als nach dem Attentat



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

des jungen „Kreuzfahrers“ in Oslo, der im Namen der Religion kaltblütig mordete, worauf Hunderttausende sich dagegen wehrten, in diesen rohen Gewaltakten etwas anderes zu sehen als die ungeheuerliche Tat eines verblendeten Verbrechers, tut sich Deutschland immer noch schwer mit dem öffentlichen Protest gegen die Gleichung „Islam ist Gewalt“, die nach „9/11“ auch bei Liberalen und Feministinnen hoffähig geworden ist. Die Hartnäckigkeit, mit der das Bild der terroristischen Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit an allem „Islamischen“ haften bleibt, ob an Kopftüchern, an Moscheen oder Minaretten, hat mich überrascht, die Unbildung und Unverfrorenheit erschreckt, mit der sich liberale Islamkritiker mit den gewaltsamsten Interpreten islamischer Traditionen verbündet haben, ohne es zu merken. Wenn wir sagen: „der Islam kennt keine Aufklärungstraditionen“, was anderes bedeutet dies, als dass wir den inklusiven Gestus der Schriften von Ibn Ruschd, Al-Farabi, Maimonides, Ibn Arabi vergessen haben, und uns mit denen liieren, die diesen gleichermaßen negieren, wie bestimmte Potentaten in Afghanistan, Saudi-Arabien oder Pakistan? Wissen deutsche Islamkritiker, welche Gesellschaft sie wählen, wenn sie Islam und Gewalt im selektiven Zitieren von Suren zusammendenken, und für welche Auslegungen sie Partei ergreifen, wenn sie meinen, patriarchale, militärische, terroristische Gewalt und islamische Theologie gehörten zusammen? Würde es sich nicht lohnen, die judeo-arabischen Philosophen einmal mehr an den deutschen Schulen zu lehren, die im 13. Jahrhundert über die Unwissenheit im Umgang mit religiöser Tradition unter anderem Folgendes zu sagen hatten:

„Die meisten Leute lesen die Schrift ‚wörtlich‘, sie erklären gar nichts, berühren niemals etwas tieferes, haben nicht einen Funken von jener menschlichen Begabung, die Dinge selbständig zu durchdenken. Sie sind ein Armutzeugnis, man

soll ihrer unglaublichen Dummheit gewahr sein, sie zwingen und demütigen [die Schrift] ohne davon auch nur die leiseste Ahnung zu haben, in die primitivsten Niederungen des Geistes, sie verdunkeln den Glanz unserer Religion und sind verantwortlich für den primitiven Ruf, den unsere Tradition bei den Völkern der Welt genießt – Gott gäbe, diese Leute würden schweigen, oder zumindest zugeben, dass sie von den Worten der Weisen nichts verstehen.“ (Moses Maimonides, Einleitung in die Mischna)

Dass dies ein jüdischer Gelehrter schrieb, macht die Sache nur noch dringlicher, er hatte Dutzende arabisch-islamische Zeitgenossen, die dasselbe sagten. Warum lehren wir diese Art von arabischer Aufklärung, die es auch in der persischen, osmanischen, türkischen Literatur in Fülle zu finden gibt, nicht an deutschen Schulen, vorausgesetzt, dass die Intellektuellen, die dies zu organisieren vermöchten, nicht des Zwangs zur Apologie bald müde werden und sich offenere Orte suchen? Wo in der deutschen Öffentlichkeit doch niemand eine Scheu zu haben scheint, alles Mögliche sonst über Islam, Koran, islamische Tradition zu verbreiten? Wissen die Pädagogen und Politiker, Journalisten und Juristen, wen sie verspotten, wenn sie sich für islamische Kultur ohne Aufklärung, ohne Kunst, ohne Weltoffenheit, ohne Demokratie entscheiden, denn dies bedeutet es doch wohl, zu sagen, „die muslimisch-arabische Welt“ oder auch die „Deutschen mit muslimischem Migrationshintergrund“ müssten dies alles erst lernen, und „erst einmal ankommen in unserer Gesellschaft“? Liegt darin nicht ein Hohn gegenüber denjenigen, die für eine offene, kritische Lektüre der Literatur, Geschichte, Kunst, der traditionellen wie der säkularen Quellen mit ihrem eigenen Leben eintreten, mit ihrem intellektuellen wie physischen Leben, hier wie anderswo, jetzt wie schon immer? Wie der Literaturwissenschaftler Nasr Abu Zayd, sel. A., oder der nach England vertriebene isra-

elische Historiker Ilan Pappé, oder der iranische liberale Theologe Abdulkarem Soroush, oder der palästinensische Dichter und Kulturwissenschaftler Abdul-Rahim Al-Shaikh, der in Berlin an die Grenzen des politischen Establishments geraten ist, weil er die Nakba beim Namen nannte? All diese prägen ein „neues Denken“, das nichts, gar nichts, mit der ästhetisch-politischen Ikonographie der Bilder von „9/11“ zu tun hat.

Würde es nicht lohnen, neben den „Nächten zum Ramadan“ mit seinem bunten Programm auch diesem „neuen (alten) Denken“ in Deutschland mehr Gehör zu verschaffen – und daneben ein bisschen mehr Geld für Sprachförderung bereitzustellen, damit das „Islamische“ nicht ständig mit sozialer Misere verwechselt wird? Ebrahim Moosa, ein führender islamischer Theologe, der in den USA lebt, hat vor Jahren ein Buch geschrieben über den klassischen arabischen Theoretiker Al-Ghazali, in dem er behauptet, die islamische Kultur könne gar nicht anders als säkular denken, da ihr Gottesbegriff für billige politische Repräsentationsfiguren im strengen Sinne gar nicht zu haben sei. Man muss einer solchen These ja nicht zustimmen, aber man könnte sie doch wenigstens öffentlich diskutieren, vielleicht schwände dann die sichere Überzeugung, dass Osama bin Laden und „9/11“ rechtsmäßige Erben „islamistischer“ Lehren seien. Sie entpuppten sich dann als etwas anderes: Doppelgänger, die nur Blinde zu täuschen vermögen, denn „Augen ohne Gedächtnis sehen nichts!“ (Carmen Castillo)

DIE VERFASSERIN IST DIREKTORIN VON HA'ATELIER UND KURATORIN VON „TASWIR PROJECTS“. SIE IST AUTORIN ZAHLREICHER SCHRIFTEN ZUR JÜDISCHEN PHILOSOPHIE UND ÄSTHETIK UND FELLOW DES KÄTE HAMBURGER KOLLEGS „RECHT ALS KULTUR“ ■

Nine eleven und die Christen

Von Friedrich Wilhelm Graf

Religiös motivierter Terror ist eine seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder wahrnehmbare Konstante der modernen Religionsgeschichte. Hohe Gewaltbereitschaft aus Glaubensgründen ließ sich schon vor dem 11. September 2001 weltweit in vielerlei Gestalt beobachten. Hindu-Nationalisten zünden in Teilen Indiens die Tempel von Buddhisten und Kirchen der Christen an. Evangelikale Abtreibungsgegner überfallen im protestantischen Bible Belt der USA Gynäkologen, die staatlich legale Abtreibungen vornehmen. Und buddhistische Mönche in Tibet richten die Aggression gegen sich selbst und verbrennen sich öffentlich, um gegen die als illegitime Besatzung erlittene Herrschaft Chinas zu protestieren. Nordirische Protestanten ziehen in die Wohnquartiere der Katholiken, um Konflikte anzuhetzen und Schlägereien zu provozieren. Immer geht es den Glaubenstütern darum, auf sich aufmerksam zu machen, für ihre je eigene religiöse Sicht der Welt zu werben. Religiös motivierter Terror ist als reale, oft brutale Gewalt zugleich auch symbolische Kommunikation: Die Täter wollen größere Öffentlichkeit erzeugen, ihre Getreuen, gerade aber auch potentielle Anhänger mobilisieren und zudem vor ihrem Gott Zeugnis ablegen, ihm beweisen, dass sie für seine Sache in den „Heiligen Krieg“ zu ziehen bereit sind. Deshalb verfassen sie „Bekennerschreiben“ und schreiten religiös gut vorbereitet zur Tat, etwa nach ritueller Reinigung, Meditation und Gebet.

Alle diese Kennzeichen moderner Glaubensgewalt haben sich auch am 11. September beobachten lassen. Von sonstigen religiösen Gewalthandlungen haben sich die Attacken des 11. Septembers im Kern nur durch ein einziges Element unterschieden: ihre bewusst gewollte und effektiv inszenierte globale Dimension. Die Öffentlichkeit, vor der man den eigenen Glauben durch die Bereitschaft zum Martyrium, Opfertod und die Hinrichtung von Vertretern der bösen, sündhaften, westlich-kapitalistischen Welt bezugen wollte, war eine globale Medienöffentlichkeit. Die Twin Towers beziehungsweise das World Trade Center zu zerstören, bedeutete die symbolische Vernichtung des altbösen Feindes, des modernen Konkurrenzkapitalismus im Zeitalter seiner globalen Expansion. Und nichts symbolisiert eine moderne, offene, durch starke Freiheit des Einzelnen geprägte Gesellschaft und Demokratie nun einmal stärker als die USA, die „neue Welt“. Die Angriffe des 11. September waren kein muslimischer Kreuzzug gegen „die Christen“, sondern die mediale Inszenierung eines „Heiligen Krieges“ gegen jenes Sündenbabel, das – aus der Sicht der Frommen – durch die Abkehr von Gottes Gesetz, durch Konsumismus, Hedonismus, Vergötzung des Fleisches beziehungsweise pornografischen Sexismus und zügellose Freiheit des Einzelnen geprägt ist. Hier sollte schon einmal das Weltgericht vorweggenommen werden, symbolisch und mit starken Zeichen, damit wir Sünder wissen, was uns am Ende der Zeiten bevorsteht.

„Hat der 11. September eine Bedeutung für die christliche Religiosität?“, lautete die Frage, die mir gestellt worden ist. Der erste Teil der Antwort lautet: Ja, der 11. September hat eine elementare kritische Funktion für alle religiösen Menschen, aus welcher Glaubenstradition auch immer. Die feigen, widerlichen Morde des 11. September können die Frommen für die fundamentalen Gefährdungen jeden Glaubens sensibilisieren. Religion ist nicht, wie viele Gläubige meinen, als solche gut. Aber Religion ist auch nicht, wie manche mehr oder minder radikale Agnostiker oder aggressive Atheisten behaupten, als solche schlecht. Religion ist, wie alle anderen Phänomene und Ausdrucksformen menschlicher Kultur auch, zutiefst zweideutig. Sie kann ebenso gut wie schlecht sein. Sie kann heilsame Wirkungen entfalten, aber auch äußerst destruktive, zerstörerische. Sie kann zur Humanisierung des Menschen beitragen und so zu einer Kultur der Zivilität. Doch sie kann auch die bestialischen, irrationalen Triebkräfte im Menschen stärken und immer neu Aggression, Entthemmung, wahnhaftige Selbstüberschätzung fördern.

Die konstitutive Zweideutigkeit, Ambivalenz alles Religiösen hängt sehr mit den Besonderheiten religiöser Sprache zusammen. In allen religiösen Überlieferungen der Menschheit ist von transzendenten Wesen und numinosen, geheimnisvollen Mächten die Rede. Die Frommen beten etwa zu



© Gilles Peress/Magnum Photos/Agentur Focus

Gott, und das ist für die einen Jahwe, die anderen Allah und die wieder anderen der gute Vater Jesu Christi. Gott wird hier wie dort vorgestellt als Schöpfer des Himmels und der Erde, und man schreibt ihm Allmacht zu. Er gilt als ein ewiges, alle Zeit in sich begreifendes und jeden Moment durchdringendes Wesen, über das hinaus nichts Höheres, Mächtigeres gedacht werden kann. Gerade in der Allmachtsvorstellung wird die hohe Gefährlichkeit religiöser Symbolsprache besonders deutlich. Von der Allmacht Gottes können die an ihn glaubenden Frommen so reden, dass sie sich der Grenzen ihrer eigenen Macht bewusst werden. Gott ist ewig, wir von ihm geschaffenen Wesen hingegen sind endlich, zeitlich, sterblich. Wenn die Frommen den ewigen Schöpfergott preisen, dann führt dies, im gelingenden Fall, zur vertieften Einsicht ins Geschaffensein, zur Anerkennung der eigenen Grenzen.

Gut ist Religion, wenn sie Demut lehrt und fromme Selbstbescheidung. Schlecht ist sie, wenn sie die genau gegenteilige Haltung befördert: statt Demut Omnipotenzfantasien und statt Selbstbegrenzung Selbstentgrenzung. Nicht selten

lässt sich beobachten, dass sich der Fromme mit seinem Gott gleichschaltet, etwa, indem er ganz genau zu wissen meint, was Gott nun will und von seinen Gläubigen verlangt. Der Fromme sieht sich dann als Mandator des absoluten Willens Gottes und will ohne jede Rücksicht nichts als den Plan Gottes exekutieren. Genau so entsteht religiöse Gewalt: aus dem Glauben heraus, gegen alle Widerstände durch Gott selbst legitimiert zu sein, das Reich Gottes schon hier und jetzt durchzusetzen. Der Glauben, mit dem Unbedingten eins zu sein, wird eben gegen alles bloß Bedingte unbedingt realisiert.

Der zweite Teil der Antwort lautet: Ja, der 11. September hat gerade auch für die Christen eine elementare kritische Funktion. In vielen westlichen Gesellschaften, auch in der Bundesrepublik, lässt sich immer wieder die Einschätzung hören, dass nur bestimmte Religionen Gewaltpotentiale enthielten, andere Religionen aber nicht. Oft kann man etwa lesen, dass der Buddhismus eine besonders friedliche Religion sei. Und noch öfter wird religiöse Gewalt auf den Islam verengt, etwa in der These, dass unter

den drei monotheistischen Religionen der Islam sehr viel aggressiver, gewaltbereiter sei als etwa Judentum und Christentum. Aber so wenig der Buddhismus besonders friedensfreundlich ist – er wurde in Tibet etwa mit dem Schwert verbreitet –, so wenig lässt sich die Geschichte des Islams primär als eine besonders gewaltreiche Geschichte beschreiben. Mit Blick auf den 11. September können Christen ihre kritische Reflexionskraft in Sachen Religion und Glauben überhaupt, aber speziell auch in Sachen Christentum stärken. In der Bibel – und hier keineswegs nur im Alten Testament, sondern auch im Neuen Testament – finden sich zahlreiche, von harter göttlich legitimierter Gewalt zeugende Passagen. Die Erinnerung an den 11. September kann Christen dazu dienen, der Gewaltpotentiale des eigenen Glaubens ansichtig zu werden.

DER VERFASSER IST INHABER DES LEHRSTUHLS FÜR SYSTEMATISCHE THEOLOGIE DER EVANGELISCH-THEOLOGISCHEN FAKULTÄT DER LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN ■

Wie religiös sind Muslime in Deutschland?

Und mit welchen Folgen? / Von Volkhard Krech

In den Debatten über die Frage, wie Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Prägung in der deutschen Gesellschaft zusammenleben können und sollen, spielen immer wieder religiöse Themen eine Rolle. Dazu tragen geopolitische Ereignisse wie etwa die Anschläge vom 11. September 2001 ebenso wie regionale Aktivitäten religiöser Extremisten bei.

Religion birgt somit eine Doppeldeutigkeit: Ihr wird nicht nur Frieden stiftendes Potential beigemessen, sondern sie gibt auch immer wieder Anlässe für Konflikte. Zumal angesichts der häufig zu vernehmenden Rede von der „Wiederkehr des Religiösen“ und der „postsäkularen Gesellschaft“ Religion trotz aller interreligiösen Dialoge nicht selten als ein „Integrationshemmnis“ erachtet wird. Die Prominenz und zugleich Ambivalenz des Religiösen ist Grund genug dafür, danach zu fragen, wie es mit der religiösen Dimension des Islams in Deutschland steht. „Religiöse Dimension“ heißt es deshalb, weil komplexe Größen wie „das Christentum“, „der

Islam“, „das Judentum“ oder „der Buddhismus“ zwar auch, aber keineswegs nur religiöse Gebilde sind. Sie stellen eine Mischung aus Religion, Ethnien, Nationen, kulturellen Identitäten und diversen politischen Positionen dar.

Aufschluss über die Religiosität der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime gibt eine Umfrage, die die Bertelsmann-Stiftung 2008 unter rund 2.000 deutschen Musliminnen und Muslimen unterschiedlich gewichteter Richtungen durchgeführt hat und die auf Konzepten des Religionspsychologen Stefan Huber beruht. Das wichtigste Ergebnis lautet: Musliminnen und Muslime sind – gemessen an der deutschen Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich hoch religiös. Während 18 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung hochreligiös sind, sind dies unter Muslimen mehr als doppelt so viele, nämlich 41 Prozent. Hochreligiös zu sein bedeutet, dass Religion im Leben eines Menschen, in seiner Weltsicht, in seinen Gefühlen und Handlungen, eine bedeutende Rolle spielt. Dieser Unterschied zeigt sich auch in den einzelnen Dimensionen des Religiösen. Für vier von fünf Musliminnen und

Muslimen steht die Existenz Allahs außer Frage, und mehr als jeder Dritte hat häufig persönliche Erfahrungen mit ihm.

Wie aber wirkt sich die besonders hohe Religiosität unter den Musliminnen und Muslimen im Alltag aus? Die Speisevorschriften, das Fasten während der Ramadan und Vorschriften zur rituellen Gebetswaschung (Wudu') einzuhalten sowie einmal im Leben nach Mekka zu pilgern (Hadsch), ist für zwei Drittel der Muslime ziemlich oder sehr wichtig, aber nur für rund ein Drittel, den Bekleidungsvorschriften zu folgen. Ebenso viele sind der Ansicht, dass Frauen ein Kopftuch tragen sollen. Für 72 Prozent ist es dagegen ziemlich oder sehr wichtig, die Pflichtabgabe (Zakat) zu leisten. Die Pflicht zum fünfmal täglich zu praktizierenden Gebet (Salat) halten 28 Prozent ein, persönliche Gebete (Du'a) führen hingegen 60 Prozent mindestens einmal am Tag durch. Am Gemeinschafts- beziehungsweise Freitagsgebet nimmt wöchentlich jeder dritte Muslim teil (die Hälfte der Männer und 21 Prozent der Frauen).

Fortsetzung von Seite 5

Wie religiös sind Muslime in Deutschland?

Was die Folgen für das religiöse Feld angeht, so schließt sich eine hohe Religiosität nicht mit der Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen aus – im Gegenteil: Hochreligiöse Muslime stehen mit 76 Prozent dem religiösen Pluralismus sogar positiver gegenüber als nichtreligiöse (mit 60 Prozent). Das hängt mit dem hohen Maß an Reflexivität zusammen. Sie ist bei hochreligiösen im Vergleich zu religiösen und erst recht zu nichtreligiösen Muslimen mehr als doppelt so stark ausgeprägt. Insbesondere hochreligiöse Muslime denken häufig über religiöse Fragen nach, wollen mehr über religiöse Themen erfahren und sind dementsprechend anderen Religionen gegenüber offen eingestellt.

In Bezug auf außerreligiöse, insbesondere politische Folgen der hohen Religiosität von Muslimen ist der „Fundamentalismus“ ein wichtiges Thema. Allerdings ist der Begriff schillernd und wird im religiösen, politischen und wissenschaftlichen Kontext sehr unterschiedlich verwendet. Unter religiösem Fundamentalismus sei hier zunächst eine ganzheitliche religiöse Haltung verstanden, die vor allem durch eine exklusive Bindung an eine bestimmte religiöse Ausrichtung charakterisiert ist. In diesem Sinne sind 18 Prozent der Muslime in Deutschland als in religiöser Hinsicht fundamentalistisch oder mit einer Tendenz zu religiösem Fundamentalismus zu charakterisieren. Sie haben ein apokalyptisches sowie dualistisches Weltbild, sind der Überzeugung, dass vor allem Muslime zum Heil gelangen und wollen dementsprechend andere Menschen für den Islam gewinnen. Diese Haltung muss in gesellschaftlicher Hinsicht jedoch noch nicht problematisch sein. Möglicherweise schwierig wird es erst, wenn der religiöse Fundamentalismus politische Folgen zeitigt. Hier besteht allerdings kein Anlass zur Sorge, denn drei Viertel der fundamentalistischen Muslime sind dem religiösen Pluralismus gegenüber tolerant eingestellt; das sind ebenso viele wie bei den Muslimen insgesamt. 17 Prozent der in religiöser Hinsicht als fundamentalistisch zu bezeichnenden Muslime geben zwar an, dass ihre religiöse Haltung große Auswirkungen auf ihre politische Einstellung hat. Aber auch damit sind noch längst nicht zwangsläufig islamistische Tendenzen verbunden. Laut dem Verfassungsschutzbericht 2010 wird das islamistische Potenzial in Deutschland 0,9 Prozent der muslimischen Bevölkerung geschätzt. Das sind 4,5 Promille der gesamten deutschen Bevölkerung und in etwa so viel, wie der politische Rechtsextremismus aufweist. Damit muss und kann eine rechtsstaatlich verfasste Demokratie fertig werden.

Insgesamt ist zu beachten, dass „der Islam“ in Deutschland ebenso wenig wie „das Christentum“ in religiöser Hinsicht eine einheitliche Größe ist. Gemäß einer Totalerhebung der religiösen Landschaft in Nordrhein-Westfalen gehören zwar 50 Prozent aller hier lebenden Muslime einer Moscheegemeinde an. Allerdings existieren in diesem Bundesland 34 verschiedene islamische Organisationen und Strömungen. Trotz der Vielzahl verschiedener – hauptsächlich ethnisch differenzierter – Richtungen beginnt sich der Islam in Deutschland bereits seit längerem einheitlich zu organisieren. Laut den Befunden der NRW-Studie rechnen sich über 80 Prozent aller Moscheegemeinden den Mitgliedsorganisationen des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland zu. Diese Zahlen dürften in etwa auf ganz Deutschland zu übertragen sein.

Zusammenfassend ist der Islam in Deutschland stark religiös geprägt, weist aber wie das Christentum, das Judentum, der Buddhismus und andere Religionen unterschiedliche Religiositätsmuster auf; neben hochreligiösen Muslimen gibt es ebenso Kulturmuslime, vergleichbar den Kulturprotestanten. Der Islam ist auch in seiner religiösen Ausrichtung in Deutschland angekommen. Das muss jedoch, wie die Befunde zeigen, kein Hemmnis für ein friedliches Zusammenleben sein. Wenn dem Islam neben den rechtsstaatlich abverlangten Pflichten dieselben Rechte zuerkannt werden, wie sie die christlichen und andere Religionsgemeinschaften besitzen, erweist sich der viel beschworene „Zusammenprall der Kulturen“ auf religiöser Grundlage als eine Chimäre.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR RELIGIONSWISSENSCHAFT AN DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM UND LEITET DAS DORTIGE CENTRUM FÜR RELIGIONSWISSENSCHAFTLICHE STUDIEN (CERES) SOWIE DAS KÄTE HAMBURGER KOLLEG „DYNAMIKEN DER RELIGIONSGESCHICHTE“ ■

Gegenbilder entgegensetzen

Von Petra Bahr

Manchmal ertappe ich mich bei einem Suchspiel. Abends, wenn ich, noch halb bei den Ereignissen des Tages, mal eben durch das Fernsehprogramm zappe und bei einem Krimi, einer Komödie, einer Reportage aus New York lande, gibt es über kurz oder lang das Bild der berühmten Silhouette vom Big Apple, aufgenommen aus dem Hubschrauber oder von der anderen Seite des Hudsons aus. Stehen sie noch oder fehlen sie schon? So lässt sich die Serie oder der Film vor trefflich datieren, aber beim abendlichen Fernsehen geht es nur selten um Datierungsfragen. Deshalb wird das Suchspiel immer von einem leichten Schauer in der Nackengegend begleitet. Und fast automatisch laufen im Unterbewusstsein weitere Filme ab, immer die gleichen Sequenzen, tausendmal gesehen, hoch konzentriert und mit aufgekribbelten Fingern vor Aufregung und Schrecken zu Anfang, dann nur noch aus den Augenwinkeln. Ein Flugzeug, das vor blauem Septemberhimmel in ein Hochhaus fliegt. Eine surreale Szene, die schon beim ersten Mal wirkte, als kenne man sie aus einem Hollywoodfilm.

Diese Bilder gehören zur Tiefenimprägung nicht nur meines Gedächtnisses. Sie gehören zur unbewussten Ikonographie des neuen Jahrhunderts wie die tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer und beschreiben die Spannung, unter der die Welt seitdem steht. Deshalb verbinden sich auch beide Ereignisse mit der berühmten Partyfrage: „Wo warst Du am...?“. Keine Ahnung, bei welchen Daten sich diese Frage die Generation meiner Großeltern stellt, aber meine findet hier das Einfallstor der eigenen, unbedeutenden Lebensgeschichte in den weiten, schwankenden Horizont der Weltgeschichte. Am Tag des Mauerfalls hatte ich zum ersten Mal das Gefühl, die Weltgeschichte beginne schlicht in der Gegenwart. Am 11. September kam nach dem Faszinosum der implodierten Diktatur des Kommunismus das Tremendum der gewalttätigen Perversion einer Religion. So viel steht jedenfalls fest: Weltgeschichte ist Mediengeschichte. Und nichts prägt mehr als die Bilder, die Evidenzen schaffen, wo Differenzierung, zögerliche Deutungsversuche und mühsame Erzählversuche eigentlich angebracht wären. Aber reicht das, um dem Datum ein mythisches Zahlenkürzel zu geben, wie sie in der Rede von 9/11 angelegt ist? Als verstünde sich der Rest dann von selbst?

Vielleicht sollte man nicht bei den Zahlen ansetzen, sondern bei dem schräggestellten Strich. Er steht nicht, er fällt nicht, er bleibt unentschieden, gleichsam in der Schwebe, wankend wie der Boden meiner politischen Urteilskraft. Hat sich wirklich alles geändert oder doch fast nichts? Terror im Namen des Islams hat es vorher gegeben. Kriege auch. Das Ressentiment des Westens gegenüber der fremden Religion mündete spätestens mit der griffigen These von Samuel Huntington in Ideopolitik, das war deutlich vor den Anschlägen auf die Twin Towers. Auch Symbolkriege sind immer schon Mittel besonders fieser Kriegsführung gewesen. Zwei Kriege haben die militärische Großmacht USA an den Rand ihrer moralischen Glaubwürdigkeit gebracht. Im Namen der Sicherheit scheint plötzlich vieles erlaubt, das zu ächten ein ganzes Abendland lang gedauert hat. Auch in Deutschland haben wir überraschend widerspruchslos bürgerliche Freiheiten preisgegeben, in der diffusen Hoffnung, der Preis sei gerechtfertigt, seien doch so unsere U-Bahnen, Flugzeuge, Schulen, Freizeitparks und Weihnachtsmärkte geschützt. Aus vergnüglichen Veranstaltungen werden jetzt „weiche Ziele“ und nach jedem vereitelten Bombenanschlag islamistischer Terroristen im eigenen Land kriecht das mulmige Gefühl wieder hoch angesichts der verschleierte Frau in der U-Bahn und des bärtigen Mannes am Würstchenstand. Als vor einigen Monaten schwerbewaffnete Polizisten an allen Berliner Plätzen Streife gingen, der Hauptbahnhof so aussah, als läge er im Nahen Osten und der Reichstag nur nach mehreren Sicherheitsschleusen zu betreten war, war auch das Gefühl der Bedrohung wieder da, einer Bedrohung durch einen vagen Gegner, der aus dem Hinterland Pakistans oder aus den sanften Hügeln des Sauerlands kommen konnte. Welche Freiheiten wäre die hysteriebegabte deutsche Gesellschaft wohl preiszugeben bereit, wenn mal wirklich was passierte? Vielleicht ist das diffuse Grundgefühl der Sorge ja der beste Indikator dafür, dass sich etwas geändert hat. Die Verletzlichkeit moderner Gesellschaften ist

offensichtlich geworden. Mitten im Finanzdistrikt mit seinen Versprechungen liegt nun Ground Zero. Auch die mentale Versehrbarkeit ist offensichtlich geworden. Es gibt an westlichen Universitäten ausgebildete junge Leute, die den Versprechungen der westlichen Welt dennoch nichts abgewinnen können. Das kränkt und verunsichert. Doch ist dieses Gefühl wirklich neu? Haben wir uns vorher wirklich beschützter, behaglicher, geborgener gefühlt? Ich habe da so meine Zweifel. Aber eines hat sich doch verändert.

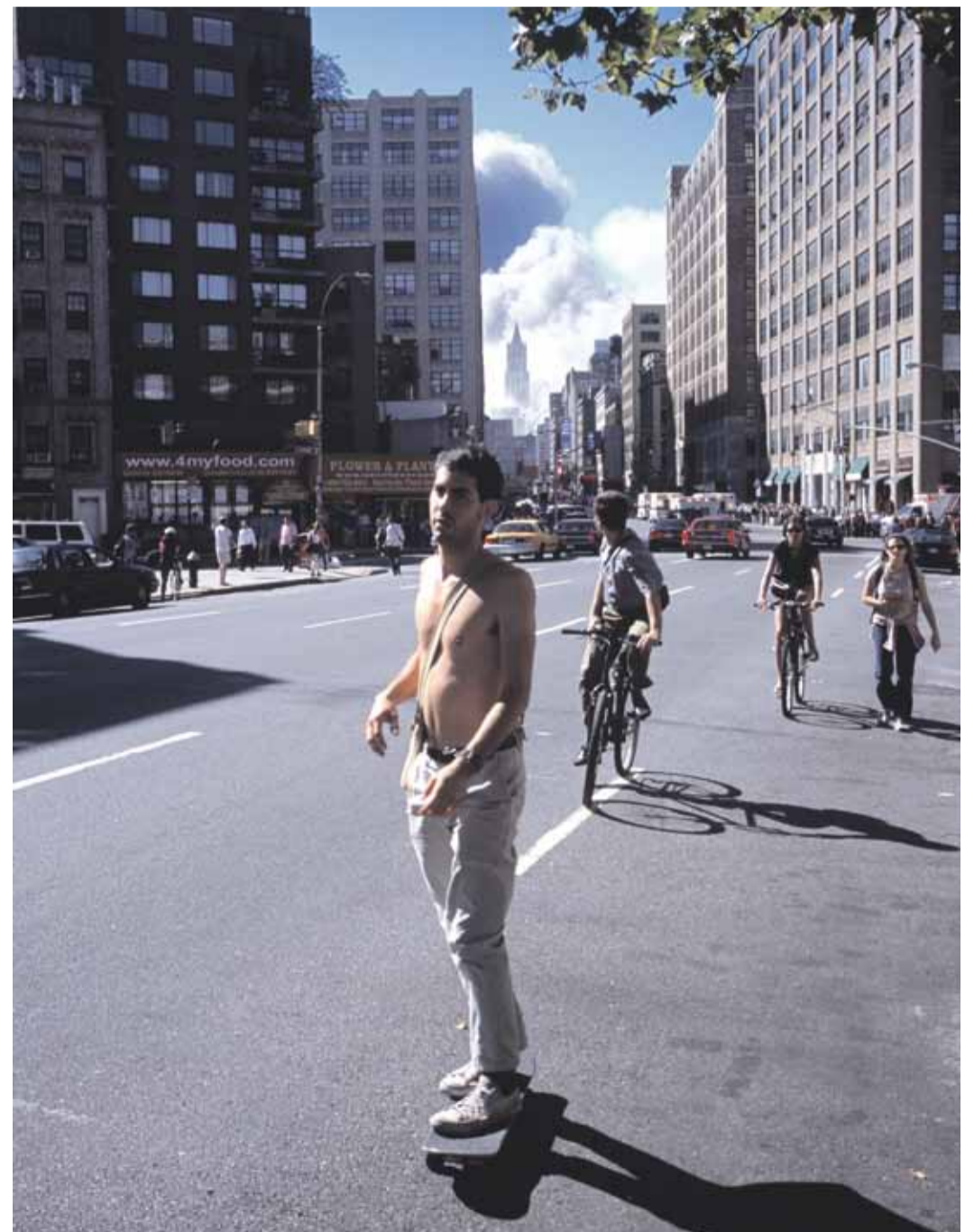
Es gibt seit dem 11.09.2001 eine schleichende Religiosifizierung politischer und sozialer Herausforderungen, und zwar nicht nur in den Krisenherden der Welt. Auch die deutsche Gesellschaft hat aus den Türken Muslime gemacht und aus einer menschenverachtenden Weltanschauung aus den Quellen des Islam Religion insgesamt, vor allem selbstredend den Islam grundsätzlich zu einer gefährlichen Angelegenheit stilisiert. So kommt es, dass mein Freund, der waschechte Ostfrieser mit den schwarzen Haaren und dem dunklen Teint bei der Einreise in die USA jedes Mal Probleme kriegt. Aus dem katholischen Bauernsohn ist hinterrücks jemand geworden, der ins Täterprofil passt. „Isst Du eigentlich Schweinefleisch?“, wurde er neulich auf einer Party gefragt. Das Interesse war ehrlich. Und die Macht der Bilder einmal mehr bewiesen. So sehen Muslime aus, oder?

Strategien der Religiosifizierung gesellschaftlicher Konflikte haben auf der Oberfläche auch ein neues Interesse an der eigenen religiösen Tradition wachsen lassen. Religion ist seit zehn Jahren wieder Thema, auch in den Medien, und zwar unabhängig von der Frage, inwiefern die christlichen Kirchen als Institutionen die lebendige Erinnerung an das Christentum gefährdet oder gefördert haben. Es schwant vielen, dass wir so säkular nie gewesen sind, wie wir lange vorgaben und dass dieses Eingeständnis möglicherweise eine ziemlich heilsame Einsicht ist, die gegenüber selbstgewissen Formen der Sakralisierung des Nichtmehrreligiösen in der Moderne vorsichtiger werden lässt. Doch die Schattenseite der Religiosifizierung, auch kultureller Identitäten, ist größer. Sie verwischt die klaren Analysen über die Herkunft des Terrors, sie hält soziale und politische Probleme für vorgeschoben und zwingt alles einer Religion auf,

die bei Lichte gesehen ebenso vielschichtig ist wie das Christentum vielerlei Auslegungen hat und nur in ihren politischen Kontexten zu verstehen ist. Sie verzichtet so letztlich auf die gründliche Diskussion des Verhältnisses von Aufklärung und Gewalt, von Freiheit und Bindung, von lebbareren Unterschieden und einer auf den Menschenrechten basierenden Intoleranz, die genauso nötig ist wie die Anerkennung der Differenz.

Unter den Staubwolken der zerbröselnden Hochhausmonumente haben viele tausende Menschen ihr Leben gelassen. Und das Töten geht weiter. Ohne Aussicht auf ein Ende. Dafür gibt es viele Gründe, für die die deutsche Gesellschaft nichts kann. Doch wir können einiges für ein Klima tun, in dem junge Migranten nicht auf die Anwerbungsversuche von Terroristenmachern eingehen, weil sie einen Platz in unserer Gesellschaft gefunden haben, auf dem es um mehr geht als ums Geldverdienen. Wir können etwas für ein Klima tun, in dem kritisches Unterscheidungsvermögen und ein kühler Kopf wichtiger für die Debatte um den Islam in Deutschland sind als heiße Ressentiments und dumpfe Ängste. Wir sollten uns fragen, welche Güter der westlichen Überlieferung wir leichtsinnig für gegeben halten, obwohl sie täglich erstritten werden müssen. Gegen die Evidenzen einfacher Bilder und lockerer Parolen: Ein emphatisches Verhältnis zur Aufklärung bei gleichzeitiger Einsicht in die Grenzen der menschlichen Vernunft, eine Debattekultur, die zwischen Politik, Wissenschaft, Recht und Religion klug zu unterscheiden vermag und Räume des Zögerns vor schnellen Lösungen und dummen Abkürzungen pflegt. Die Kirchen sind hier in besonderer Weise gefragt. Sie sollten ein Kontakthof werden für die, die nicht glauben, dass das, was ist, schon alles ist. Bei allen harten und weichen Differenzen liegt hier das Gemeinsame der Religionen. Deshalb sind auch Theater, Kinos und Museen so wichtig. Weil hier die zum Zuge kommen, die der Evidenz starker Bilder und starker Gefühle etwas entgegensetzen: Gegenbilder einer Gesellschaft, die sich in schöner Regelmäßigkeit selbstkritisch befragt, was nach dem 11.09.2001 anders geworden ist.

DIE VERFASSERIN IST KULTURBEAUFTRAGTE DES RATES DER EKD ■



© David Alan Harvey/Magnum Photos/Agentur Focus

Religion und liberaler Verfassungsstaat

Der christlich-islamische Dialog an der Katholischen Akademie in Berlin nach 9/11 / Von Katrin Visse und Joachim Hake

Der 11. September 2001 bedeutete für die öffentlichen Diskussionen um den Islam zweifellos eine Zäsur und hatte sichtbare Folgen für die Aufmerksamkeiten kirchlicher Akademien. War der christlich-islamische Dialog zuvor vor allem durch ein elementares Interesse an persönlichem Kennenlernen und religiös-theologischem Wissen bestimmt, so standen mit einem Schlag harte politische Themen im Fokus der Aufmerksamkeit: der vermeintliche „Clash of Civilizations“, der Heilige Krieg und religiöser Fundamentalismus, das Verhältnis von Monotheismus und Gewalt und vieles andere mehr. Atmosphärisch schien der bisherige Dialog an ein Ende gekommen zu sein; jäh hatte er seinen harmlosen Seminarcharakter verloren, wurde in der politischen Öffentlichkeit ausgetragen und begleitet von gemischten Gefühlen: dem Verdacht, bislang „blauäugig und blind“ gewesen zu sein einerseits sowie neuen Solidaritätserfahrungen, wenn Christen Muslime beherzt vor islamophoben Polemiken in Schutz nahmen andererseits.

Genauer und realistischer werden die Schwierigkeiten eines religiösen Dialogs gesehen: Für ein Gespräch über intime Dinge wie den eigenen Glauben ist eine tiefe Vertrauensbasis und eine Kultur der Diskretion notwendig. Was das bloße Wissen betrifft, lässt sich vieles mittlerweile in Büchern besser nachlesen.

Einen weiteren Einschnitt im Dialog von Islam und Christentum in Deutschland markierte in positiver Weise die vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble initiierte Islamkonferenz. Viele Aufgaben, die bis dahin die Kirchen übernommen hatten – Anwalt für muslimische Anliegen zu sein oder zwischen Staat und Moschee zu vermitteln – erübrigten sich alsbald, da diese Verbindung nun direkter hergestellt war. Nachdem im Zusammenhang der Islamkonferenz das Gespräch mit dem Islam vor allem politisch und kulturell geführt wird, ist es eine Aufgabe der Akademien, die Bedeutung der theologischen Perspektive dieses Dialogs auf der Grundlage realistischer und tragfähiger religionspolitischer Unterscheidungen erkennbar zu halten. Gegenstand des streitbaren Gesprächs sind vor allem die Hermeneutik heiliger Texte, Bildung und Tradition, das Zueinander der Geschlechter und Generationen sowie immer wieder das Verhältnis von Religion und Staat. Dieser Dialog schärft die Gabe der Unterscheidung: Wo ist von Theologie, von Kultur und von Politik die Rede und wie sind diese Fragen konkret aufeinander bezogen? Gegen eine oft medial entwirklichte Diskussion im Streit der Positionen setzt der Dialog konkret an: Die christlichen Kirchen und Akademien bieten ihre Expertise und ihre langjährige Erfahrung an, wenn es um konkrete Themen geht wie die Etablierung von muslimischer Seelsorge in Krankenhäusern, Gefängnissen usw. oder auch bei der Entstehung islamischer Lehrstühle an deutschen Universitäten. Das christliche Verständnis für religiös motivierte Anliegen – und die Erfahrung, dass auch die Kirchen (vor allem die katholische) die Bejahung der Religionsfreiheit und des liberalen Rechtsstaates erst „erringen“ mussten – erweist sich als kostbarer Hintergrund für die anstehenden Debatten im politischen Raum.

Im Vergleich zu den Dialoginitiativen vor 9/11 gibt es mittlerweile bedeutend mehr gut ausgebildete und eloquente Muslime, die nicht nur auf Augenhöhe ihren Dialogpartnern Rede und Antwort stehen, sondern auch ihre eigenen Anliegen selbstbewusst vertreten. Christen machen die Erfahrung einer lebendigen und bewegten muslimischen Community, was Bewunderung, Staunen und Neid erzeugt: Da finden sich einige Gläubige mit der Vision eines Moscheebaus zusammen, und das entstehende Bauwerk verändert nicht nur die ganze Gemeinde, sondern reißt einen ganzen Ort mit; da finden Fortbildungen für Ehrenamtliche als muslimische Seelsorger statt, und die Anbieter kommen der Nachfrage gar nicht hinterher; da tagen Muslime und Nicht-Muslime über Fragen der Islamischen Theologie, und keiner will trotz des vollen Programms eine Pause machen; da entstehen aus Idealismus Zeitschriften und Verlage, um die hiesige Debatte zu bereichern – und so verschiebt sich kontinuierlich und beharrlich der Dialog hin zu einer tieferen Verbundenheit in gegenseitiger Bereicherung. Der Ort von Glaubensgemeinschaften in Gesellschaft und Politik wird neu bestimmt und kulturelle Voraussetzungen religiöser Ein-



© Alex Webb/Magnum Photos/Agentur Focus

stellungen und Identitäten werden erkennbarer. Mehr noch als vor 9/11 gilt, dass Fragen religiöser Identität im weltweiten Austausch kommuniziert werden. Dennoch bleibt das Lokale der Ort, an dem diese den Lackmusest bestehen müssen. Unter den säkularen Metropolen nimmt Berlin eine Sonderstellung ein. José Casanova hat Europas „Angst vor der Religion“ beschrieben, und diese ist in Berlin trotz aller Weltläufigkeit immer wieder spürbar. Hier ist es für Gläubende – Muslime wie Christen – entscheidend, ihren Mitbürgern die Angst vor der Religion zu nehmen, indem sie ihnen unter anderem zeigen, wie sie jeweils aus ihren eigenen Quellen den säkularen, demokratischen und liberalen Verfassungsstaat bejahen und anerkennen.

Eine Postkartenaktion der Katholischen Akademie in Berlin im September 2010, für die die Sprechblase der Hauptstadtkampagne gefüllt wurde mit dem Slogan „be Muslim, be Christi-

an, be Berlin“, war der Versuch eines Beitrags hierzu. „Warum sollten sich junge Menschen in Europa nicht als Gläubende politisch engagieren können, ohne ihre Loyalität zum Staat oder ihre Festigkeit im Glauben zu gefährden? Was erleben gläubige Menschen unter den aktuellen Bedingungen der religiösen Landschaft? Wie wirken sich die Früchte der Säkularisation, die wachsende Vielfalt religiöser Gemeinschaften, eine neue Sichtbarkeit religiöser Symbole und zunehmende Beachtung religiöser Themen in gesamtgesellschaftlichen Kernbereichen auf das Leben einzelner Gläubender aus; und welche Bedeutung haben religiöse Gemeinschaften für den Einzelnen und für die Umwelt?“, lauteten die elementaren Fragen auf der Rückseite der Karte, mit der gläubige Muslime und Christen zu einer abendlichen Diskussion mit muslimischen und christlichen Religionsintellektuellen aus anderen europäischen Großstädten eingeladen wurden.

Wie also vertragen sich Eigensinn des Glaubens und selbstverständliche Anerkennung der liberalen Demokratie? Die Antwort auf diese Frage ist konkret und muss ständig neu ausgehandelt und bewährt werden. Mit ihrer unterschiedlichen Geschichte und den verschiedenen Erfahrungen eint Muslime und Christen die Perspektive, die die Deutsche Islam Konferenz nicht haben kann: die bleibende Gebundenheit an das, was ihnen offenbart wurde und die Aufgabe, ihren jeweiligen Glauben in neuen Kontexten immer wieder neu zu deuten, so dass die Zukunft ihrer religiösen Vergangenheit ebenso wie ihre Herkunft unter den Bedingungen liberaler Demokratie sichtbar wird und zur Geltung kommt.

KATRIN VISSE IST WISSENSCHAFTLICHE ASSISTENTIN UND JOACHIM HAKE IST DIREKTOR DER KATHOLISCHEN AKADEMIE IN BERLIN ■

Sicherheits Sorge statt Bedrohungsangst

Der 11. September und seine Folgen aus politikwissenschaftlicher Sicht / Von Herfried Münkler

Der zur Zeit vermutlich wirkmächtigste Effekt des 11. September 2001 ist zugleich der am wenigsten erwähnte – jedenfalls im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Anschläge auf unser Sicherheitsbedürfnis: Die Attacken mit entführten Verkehrsflugzeugen haben nämlich die Sicherheitsberechnungen für Atomkraftwerke dramatisch verändert, weil mit einem Schlag nicht mehr der Zufall, sondern die böse Absicht zur Grundlage der Risikowahrscheinlichkeit wurde – jedenfalls dann, wenn man eine realistische Sicherheitsüberprüfung vornahm. Mit der Umstellung von Zufall auf Absicht aber stieg das sogenannte Restrisiko ins Unermessliche, denn selbstverständlich war und ist keines der deutschen AKWs gegen Flugzeuge gesichert, die gezielt in die Anlagen hineingesteuert werden. Als die Atomkraftwerke gebaut wurden, hat niemand mit solchen Angriffen gerechnet.

In der jüngsten Debatte über Sicherheit und Risiko bei der Nutzung der Atomenergie haben jedoch Anschläge, wie die vom 11. September, eine zentrale Rolle gespielt, und sie haben dort, wo das Risiko eines Erdbebens oder Tsunamis gegen Null tendierte, die Sicherheitsbilanz der Anlagen entscheidend verschlechtert. Auf Deutschland bezogen lässt sich also sagen: Der eigentliche Verlierer des 11. September war die Atomindustrie, und der größte Nutznießer war

die Antiatombewegung. Wer über die Folgen des 11. September nachdenkt, muss bereit sein, sich auf Paradoxien einzulassen: Diejenigen, die sich über die mitunter ausufernden Maßnahmen der Terrorismusprävention am meisten beklagt und aufgeregt haben, haben davon im Ergebnis den größten politischen Gewinn eingestrichen. Dass die Katastrophe von Fukushima nicht als Folge einer in Deutschland ganz unwahrscheinlichen Naturkatastrophe abgetan wurde, war – auch – eine Folge des 11. September und der anschließenden Sicherheitsdebatte.

Eine andere, zurzeit noch eher untergründige Folge ist die allmähliche Umstellung der Sicherheitskultur von Bedrohung auf Verletzlichkeit. Der sicherheitspolitische Umgang mit Verletzlichkeit ist erheblich schwieriger und komplexer als der mit Bedrohung. Letztere kommt von außen, sie wird identifiziert und analysiert, und dementsprechend können mehr oder weniger geeignete Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen ergriffen werden. Verletzlichkeit dagegen stellt man an sich selbst fest. Weil man nicht weiß, wer einen angreifen könnte, und weil die Gefahren, denen man ausgesetzt ist, diffus sind, kann man sich nicht auf den bedrohlichen Kontrahenten konzentrieren, sondern muss voll Sorge permanent sich selbst beobachten und auf verletzliche Stellen abtasten. Man muss also sehr viel mehr auf der Hut sein als bei einem identifizierten Gegner, den man abschrecken oder abwehren kann. Die objektiven Gefährdungen dürften in der Zeit

des Kalten Krieges deutlich höher gewesen sein; die Sorge um die eigene Sicherheit dagegen ist nach dem 11. September gestiegen. Man kann dies als irrational bezeichnen, aber dann hat man nicht begriffen, was das Problem ist: Es ist die im Gefolge des 11. September stattgefundenen Umstellung der Sicherheitskultur von Bedrohung auf Verletzlichkeit, die unsere Sicherheits Sorge gesteigert hat.

Zunächst freilich hat man versucht, dieser sicherheitspolitischen Umstellung zu entgehen, indem man sich auf die Konstruktion eines Gegners konzentrierte, der geeignet war, die am 11. September sichtbar gewordenen Gefährdungen sicherheitspolitisch als neue Bedrohung zu repräsentieren. Dieses Konstrukt wurde wechselweise als „Islam“ oder „arabische Welt“ bezeichnet, insofern die Attentäter des 11. September sich damit verbinden ließen und sie dort auch die größte Zustimmung für ihre Attacken gefunden hatten. So wurde (und wird immer noch) die Debatte über Terrorprävention durch eine zusätzliche Debatte über die politische und kulturelle Transformation der muslimisch-arabischen Welt und die Integration von Migranten aus diesem Raum in die Gesellschaften des Westens überlagert. Man hoffte, die im Prinzip teuren Maßnahmen zur Verminderung der eigenen Verletzlichkeit begrenzen zu können, indem man die Akteure, die diese Verletzlichkeit nutzen

Fortsetzung von Seite 7

Sicherheits Sorge statt Bedrohungsangst

konnten, unschädlich machte. Oder indem man verhinderte, dass aus politisch Missgelaunten Terroristen wurden. Mit der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass dieses Projekt zeitraubend und sehr viel teurer war, als man ursprünglich gedacht hatte. Auch zerfiel sehr bald die inoffizielle und so nie angestrebte Koalition zwischen den am Fortbestand der US-Dominanz interessierten Kräften und den eher der politischen Linken Zuzurechnenden, die anstelle operativer Terroristenbekämpfung auf die Beseitigung der sozialen und politischen Verhältnisse setzten, aus denen die Terroristen kamen.

Die Geschichte der Afghanistan-Intervention zeigt den allmählichen Zerfall der Hoffnung, man könne das Problem zum Verschwinden bringen, in dem man es „an der Wurzel“ packe. So wurden der Einsatz westlicher Truppen und die Präsenz zahlloser Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan anfänglich damit gerechtfertigt, dass man auf diesem Wege das Land aus Armut und Rückständigkeit herausführen und in eine Region stabilen Friedens und relativen Wohlstands verwandeln wolle. Jetzt, da der schrittweise Abzug der Truppen auf der politischen Tagesordnung steht, ist eigentlich nur noch von Stabilität die Rede, und man denkt darüber nach, wie man sogenannte „gemäßigte Taliban“ an dieser Stabilität interessieren könne. Aus einem großen Projekt zur Veränderung Zentralasiens ist die Aufgabe geworden, ohne größeren politischen

Gesichtsverlust wieder einigermaßen heil aus dem Land herauszukommen. Dennoch hat das demnächst zehnjährige Afghanistan-Engagement des Westens, das mit den Anschlägen vom 11. September eng verbunden ist, die geostrategische Weltsicht grundlegend verändert beziehungsweise ist selbst ein Indikator dieser Veränderung. Vor den Anschlägen auf die Twin Towers und das Pentagon gingen viele Politikwissenschaftler davon aus, dass im 21. Jahrhundert nur noch Kommunikation und Austausch zwischen den großen wirtschaftlichen Ballungsräumen eine Rolle spielen und der Rest in politischer und wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit verschwinden würden. Dieses Zentrum-Peripherie-Gefälle hat es immer gegeben, aber die neuen Vorhersagen liefen auf den endgültigen Bedeutungsverlust der Peripherie

gegenüber den amerikanischen, europäischen und ostasiatischen Zentren hinaus. Mit dem 11. September hat sich die Peripherie auf der weltpolitischen Bühne zurückgemeldet. Auch wenn sie politisch bedeutungslos ist und allenfalls ein Reservat von Rohstoffen darstellt, kann sie doch über Nacht zu einer Bedrohung der Prosperität in den Zentren werden. Die Piraten vor der somalischen Küste sind ein anderes Beispiel dafür. Die vermutlich noch lange nachwirkende Lehre des 11. September lautet also, dass man in den Zentren die Peripherie im Auge behalten muss: Wie und mit welchen Instrumenten freilich, ist politisch nach wie vor umstritten.

DER VERFASSER IST INHABER DES LEHRSTUHLTS THEORIE DER POLITIK AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN ■

Die Kulturalisierung der deutschen Integrationspolitik

Grundannahmen der politischen Auseinandersetzung im Bundestag nach dem 11. September / Von Petra Klug

Die Attentate des 11. September 2001 gehörten wohl zu den wichtigsten Ereignissen, die das deutsche Verhältnis zum Islam geprägt haben. Sie sind als kollektiver Schock im kulturellen Gedächtnis verankert geblieben und so hat sich auch die Klassifizierung der Ereignisse, wie sie unmittelbar danach abgegeben wurde, in das gesellschaftliche Wissen eingeschrieben. Im Folgenden sollen daher die Einschätzungen des Deutschen Bundestages dargestellt und ihre Auswirkungen auf die deutsche Integrationspolitik nach dem 11. September nachgezeichnet werden.

Während in den Medien schon am Folgetag darüber berichtet wurde, dass Islamisten unter Osama bin Laden für die Anschläge verantwortlich seien, enthielt sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung – wie auch alle anderen Abgeordneten – am 12. September jeglicher Spekulationen über die religiöse Motivation für die Attentate. Der Bundestag äußerte sich erst in der darauf folgenden Sitzung am 19. September genauer zu Einschätzung und Folgen der Ereignisse.

Die Abgeordneten wollten den Islam eindeutig und einstimmig nicht mit Terror und Gewalt in Verbindung bringen, obwohl zu diesem Zeitpunkt keine Zweifel mehr am islamistischen Hintergrund der Tat bestanden. Gerhard Schröder sagte über die Attentate, sie hätten – und das sei Konsens – „nichts, aber auch gar nichts mit Religion zu tun“ und erhielt dafür Beifall im ganzen Hause. Einen „Kampf der Kulturen“ wollte niemand darin erblicken, erst Recht nicht den Auftakt zu einem „Krieg gegen die islamische Welt“. Vielmehr sollte diese in den

Krieg gegen den Terror einbezogen werden. Konfliktstoff barg dann allerdings die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz und das Asylrecht, die in der Debatte um den 11. September mitverhandelt wurden. Während die Abgeordneten dem Islam als Religion Hochachtung und Respekt zollten, wurde die Bedrohung durch den Terrorismus teilweise genutzt, um gegen Zuwanderung zu argumentieren. Durch die Diskussion von Migrations- und Asylrechtsfragen im Kontext der Terrorbekämpfung wurde Zuwanderung aber diskursiv mit Terrorismus gekoppelt. Eine religiöse Dimension wurde dem Terror hingegen abgesprochen. Wo in der Folge doch ein Zusammenhang zwischen dem Terrorismus und religiösen Überzeugungen angenommen wurde – etwa in der Debatte um die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union –, galt er als Missbrauch der Religion für politische Interessen.

Die Möglichkeit, dass Religion selbst politische Implikationen haben kann, wurde mit dieser Argumentation definitorisch ausgeschlossen. Gewaltphänomenen wurde ein religiöser Gehalt per se abgesprochen. Aus der Abwehr gegen die – im Bundestag gar nicht vorgenommene – pauschale Identifikation von Islam mit Terrorismus wurde teilweise die völlige Dissoziation von beidem – was durchaus im Kontrast zur selbstbekundeten Motivation der Attentäter des 11. September steht und letztlich einen sehr verkürzten Begriff von Religion voraussetzt. Die diskursive Kopplung von Migration und Terrorismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber die Entkopplung von Religion und Terrorismus wurde zur Voraussetzung der Kulturalisierung des Integrationsbegriffes und bestimmt die Auseinandersetzung bis heute.

Die Amalgamierung von Religion und Migration

So scheint es, dass in der Integrationspolitik jeweils legitime demokratische Anliegen gegeneinander ausgespielt werden können. Gegen die Offenheit der Bundesrepublik für Menschen verschiedenster Herkunft auf der einen Seite wird die Bedrohung der Sicherheit durch die Zuwanderung auf der anderen Seite ins Feld geführt. Darüber müsse „man offen reden können, ohne der Ausländerfeindlichkeit bezichtigt zu werden“, wie es Wolfgang Bosbach in der Debatte zum 11. September formulierte. Auf den Vorwurf des Rassismus folgt regelmäßig der Vorwurf der Verharmlosung des Islamismus. Und auf die Forderung von Maßnahmen gegen den Islamismus folgt häufig der Vorwurf des Rassismus.

Was dieses forcierte Aneinandervorbeireden erst ermöglicht und dabei von beiden Seiten geteilt wird, ist der implizierte Zusammenhang zwischen Islam und Zuwanderung, der den Abgeordneten ganz selbstverständlich scheint. Zwar sind viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland muslimisch, von der Mehrheit aber auf jede Einzelne und jeden Einzelnen zu schließen wäre fatal. Denn die Herkunft eines Menschen aus einem islamisch geprägten Land sagt überhaupt nichts darüber aus, ob dieser muslimisch oder christlich ist oder ob er vielleicht an überhaupt keinen Gott glaubt. Oft sind es gerade Menschen, die sich religiös verfolgt oder zumindest bedrängt fühlen, die sich entschließen auszuwandern. Ebenso wenig ist der Islam als Universalreligion auf bestimmte ethnische Gruppen oder Länder beschränkt, wie man beispielsweise an den mittlerweile zahlreichen deutschstämmigen Konvertitinnen und Konvertiten sehen kann. Und spätestens seit den Geständnissen von Mitglie-

dern der sogenannten Sauerland-Gruppe sollte auch klar geworden sein, dass islamistisch motivierter Terrorismus auch von Deutschen ohne Migrationshintergrund ausgehen kann.

Islamismus mit Zuwanderung zu assoziieren bildet aber nicht nur möglicherweise gefährliche blinde Flecken bei der Terrorismusbekämpfung. Menschen aufgrund ihrer Herkunft bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben, also beispielsweise Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei, dass sie muslimisch sind, ist im Kern rassistisch – unabhängig davon, welche konkreten politischen Vorschläge daraus erwachsen mögen. Schon die Assoziation von einer bestimmten Herkunft mit einer bestimmten Religion bildet also die rassistische Grundierung der deutschen Integrationspolitik nach dem 11. September. Aber dieser kulturalistische Fehlschluss findet sich nicht nur im Bundestag, sondern ist bis hin zu sich antirassistisch verstehenden Initiativen der Zivilgesellschaft verbreitet. Sicherlich lässt sich Kritik an Islam für rassistische und fremdenfeindliche Argumentationen nutzen. Kritik an einer Religion aber gerade im Namen des Kampfes gegen Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit pauschal zurückzuweisen, basiert auf derselben rassistischen Grundannahme wie die Indienstnahme von Religionskritik zur Propagierung rassistischer Ressentiments.

Kulturalisierung der Integrationspolitik

Dies hatte und hat auch Konsequenzen für die Integrationspolitik der Bundesregierung. Anerkennung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland wird seit dem 11. September stärker als Zugeständnis an die islamischen Gemeinschaften in Deutschland denn als soziale und rechtliche Gleichberechtigung gedacht, die die Gesellschaft integrieren und egalisieren würde. Damit werden aber die Probleme der Muslimes und Muslime anstelle der aller Migrantinnen und Migranten behandelt. Und umgekehrt etabliert der säkulare Staat damit auch die Religion als primäres Identifikationsangebot für junge Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Denn diese Kulturalisierung der Integrationspolitik drängt dazu, den Weg zu mehr politischer Teilhabe über die Religion zu gehen, statt etwa auf Basis der Grundrechte gegen rassistische Diskriminierung zu kämpfen.

Der Staat setzt damit gerade die Religion als Modus der Integration – einer Religion aber, die gar nicht alle Migrantinnen und Migranten teilen. Für Andersgläubige, für liberale Muslimes und Muslime, für nicht-erkannte Minderheiten im Islam oder Atheistinnen und Atheisten kann diese spezielle Form der Anerkennung aber gerade zu einer Verschärfung ihrer Situation führen. Die bundesdeutsche Integrationspolitik begibt sich – wie auch viele zivilgesellschaftliche Initiativen zum Thema – mit dieser Strategie also möglicherweise in ein Dilemma. Wenn gesellschaftliche Integration über die Anerkennung von Kultur oder Religion statt über die politischen und sozialen Rechte der Einzelnen hergestellt werden soll, kann vollständige Anerkennung nur heißen, die Grundrechte und damit die Menschenrechte zu relativieren, zumindest dort, wo sie den religiösen Normen zuwiderlaufen. So weit nämlich der Dialog der Religionen auch tragen mag, Religionen bergen normative Ordnungskonzepte, die die Menschen reglementieren. Teilweise fördern diese die Menschenrechte, sehr oft jedoch ver-



9/11 und die Welt danach

Von Lars Klingbeil

Der 11. September 2001 hat die Welt verändert. Noch heute ist er Bezugsdatum für viele politische und gesellschaftliche Veränderungen. Auch die persönliche Erinnerungskraft an dieses Datum ist bei den Menschen ausgeprägt. „Wo warst du 9/11?“ ist eine Frage auf, die jeder Mensch eine Antwort geben kann.

Ich persönlich habe damals in Manhattan gelebt und gearbeitet. Ich erinnere mich gut an die ersten Meldungen über den Einschlag eines Flugzeugs ins World Trade Center, an die ersten Vermutungen über einen Terroranschlag, an meine Gefühlslage zwischen Angst und Neugier. Mein damaliger Chef bei der Friedrich-Ebert-Stiftung sagte an diesem Tag zu mir: „Das wird die Welt verändern.“ Er sollte Recht behalten. Die „Ruhe“ nach dem Ende des Kalten Krieges war schlagartig vorbei. Zehn Jahre danach möchte ich versuchen, die sicherheitspolitischen Konsequenzen und Auswirkungen für die USA, aber vor allem für Deutschland aufzuzeigen.

Der Blick in die USA

In den USA war nach den Anschlägen eine offensichtliche Solidarität zu spüren, das Bedürfnis nach nationaler Stärke und der Wille, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. „Make no mistake, the United States will hunt down and punish those responsible for these cowardly acts.“ (George W. Bush, 11. September 2001). Zum einen konnten die USA sich der Unterstützung der Welt in diesem Moment sicher sein. Zum anderen hatten die Anschläge von New York und Washington mehr als nur den Afghanistan-Einsatz zur Konsequenz. Sie waren auch Basis für George W. Bushs Doktrin vom „vorbeugenden Krieg“, um die Gefahr durch Terroristen zu bekämpfen. Die Bush-Regierung und ihr neokonservatives Umfeld waren in der Ideologie getrieben, die Welt nun auf eine neue Grundlage zu stellen. Man war der festen Überzeugung, Unrechtsregime wie in Afghanistan oder im Irak zu stürzen und durch ein nation-building dort demokratische Staaten nach westlichem Vorbild zu schaffen.

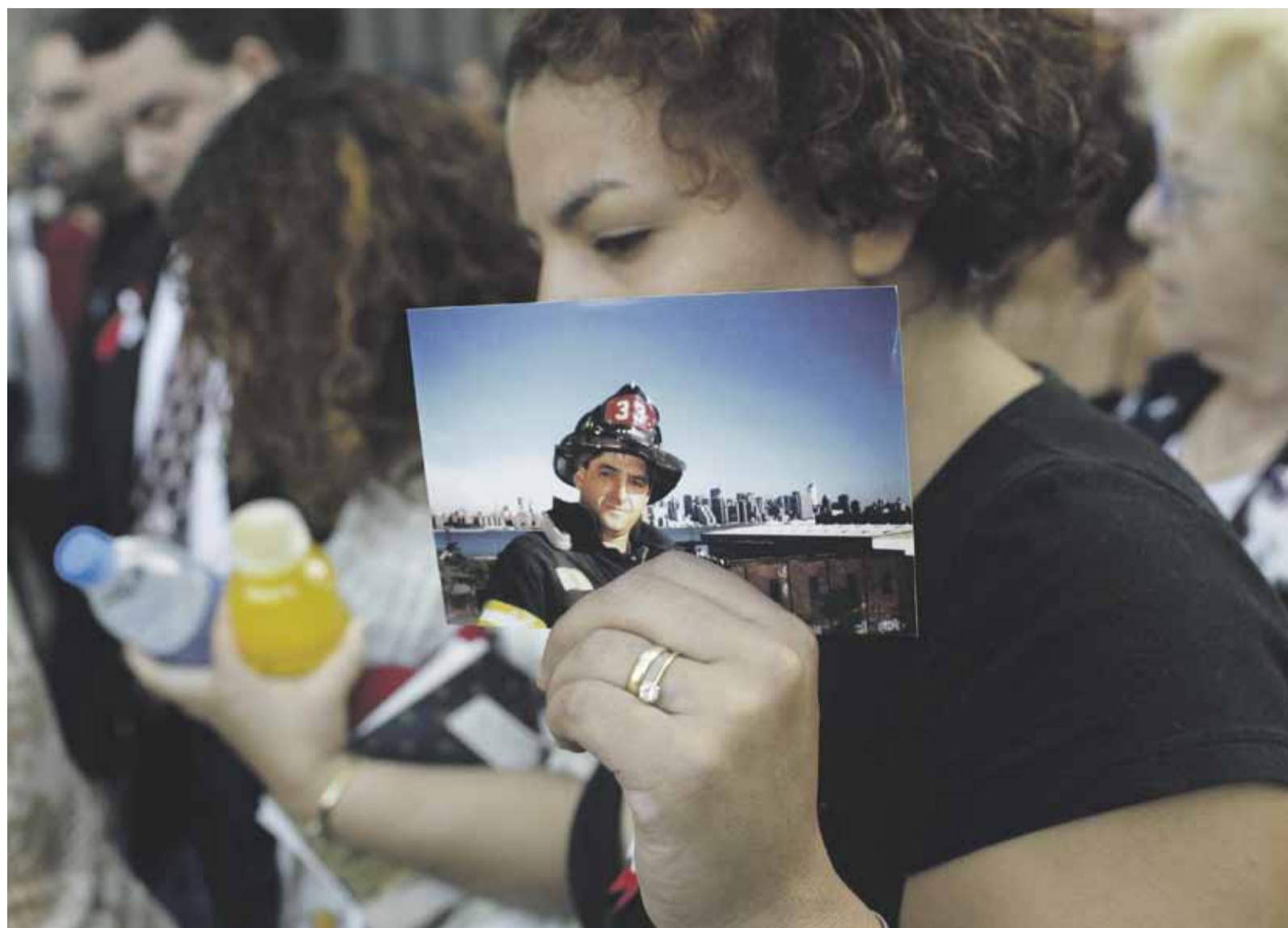
Am Beispiel des Irak-Einsatzes wurde aber schnell deutlich, dass die schwarz-weiße Welt der Neokonservativen nicht funktioniert. Das Desaster des Irak-Feldzugs führte in den USA zu einem Stimmungsumschwung, an dessen Ende die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten stand. Aber auch wenn Obama einen versöhnlichen Ton gegenüber der Welt anschlug, ist seine Art und Weise, Sicherheitspolitik zu betreiben, als pragmatisch zu beschreiben. In seiner Nobelpreis-Rede argumentierte er für den gelegentlichen Einsatz von Gewalt: „To say that force is sometimes necessary is not a call to cynicism – it is a recognition of history; the imperfections of man and the limits of reason.“ (Barack Obama, Dezember 2009). Als Präsident zielt Obamas Sicherheitspolitik darauf ab, die internationalen Engagements des US-Militär zu

Fortsetzung von Seite 8

stoßen sie gegen diese, betrachtet man etwa die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen, die Verfolgung von Homosexuellen, das Verbot, seine Religion zu wechseln oder Einschnitte in der Meinungsfreiheit. Daher werden die Menschenrechte auch von vielen religiösen Gemeinschaften nicht anerkannt.

Eine solche Form der religiösen Normierung zu kritisieren, ist nicht rassistisch. Es ist die Voraussetzung von kulturellem und religiösem Pluralismus in Deutschland. Rassistisch wird Integrationspolitik dann, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft pauschal eine religiöse Orientierung unterstellt wird. Es ist zu befürchten, dass diese Weichenstellung, die nach dem 11. September unter dem Eindruck der nahen Ereignisse und der akuten Angst vor einem Kampf der Kulturen entstanden ist, sich soweit verfestigt hat, dass es schwer sein wird sie aufzubrechen. Im Sinne einer modernen Integrationspolitik wäre aber genau das die Herausforderung.

Die Verfasserin ist Doktorandin an der Universität Leipzig, Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes und Kollegiatin am Graduiertenkolleg „Religiöser Nonkonformismus und kulturelle Dynamik“ ■



© Gilles Peress/Magnum Photos/Agentur Focus

reduzieren. Er verlangte den Bündnispartnern dabei mehr Aktivität ab und mahnte sie, die Augenhöhe zu suchen. Gerade Europa stellt dies vor eine ungeklärte Herausforderung. Gleichzeitig verstand Obama es, neue Player wie Indien und China einzubinden. Amerikanische Sicherheitspolitik wird immer von einer gewissen Überheblichkeit gekennzeichnet sein. Diese Überheblichkeit beruht aber auch auf einer Verantwortung, die der Rest der Welt den USA zuschreibt. Zehn Jahre nach 9/11 hat Obama den neokonservativen Weg der Bush-Administration korrigiert. Gleichzeitig stellt er hohe Anforderungen an die Bündnispartner. Die Auswirkungen sind in Europa und vor allem in Deutschland spürbar.

Der Blick nach Deutschland

Die sicherheitspolitische Welt Deutschlands hat sich seit dem 11. September 2001, mehr oder weniger ungewollt, verändert. Im Gegensatz zu den USA gab es hier nur wenige politische Vordenker, die einen Wandel definiert haben. Die direkte Reaktion auf die Anschläge war die Proklamation der „uneingeschränkten Solidarität“ durch Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der Ausdruck „uneingeschränkt“ wird im Nachhinein oft kritisiert. Dabei wird vergessen, unter welchem Eindruck die Welt im September 2001 stand. Die Anschläge waren nicht nur ein Angriff auf die USA, sondern auf die ganze westliche Welt und unsere Vorstellung von Freiheit.

Die uneingeschränkte Solidarität und der NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 führten zum deutschen Engagement in Afghanistan. Es wurde versucht, die „Stabilisierungsmission“ in Afghanistan möglichst leise abzuwickeln, in der Hoffnung, ohne großen Schaden den Einsatz zu überstehen. Eine Debatte um die Frage, warum der Einsatz in Afghanistan für Deutschland notwendig ist, gab es nur rudimentär. Der Irak-Krieg wurde richtigerweise boykottiert. Argumentativ blieb es jedoch häufig auch hier bei einem „dagegen oder dafür“. Eine Argumentation, wann ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland angebracht sein könnte, sucht man vergebens.

Die fehlende klare Linie in der Sicherheitspolitik ist offensichtlich für die Zeit seit dem 11. September. Bis zum Ende des Kalten Krieges war klar, wo die Bedrohung lauert. Dem Kalten Krieg folgte eine Zeit der sicherheitspolitischen Ruhe, in der die größte Herausforderung für die deutsche Sicherheitspolitik die Transformation der Bundeswehr war. Die Transformation ist nach wie vor Herausforderung. Jedoch fehlt eine argumentative Verknüpfung zum Verhalten

Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik. Das Ziel, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens in der Sicherheitspolitik öffentlich zu definieren, wird nicht verfolgt.

Der Mangel an Konsistenz oder Strategie in der deutschen Sicherheitspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre. Zum einen bewirbt sich Deutschland seit Jahren um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und verweist auf den Willen, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Zum anderen hat sich Deutschland in der Libyen-Krise weder verantwortungsvoll noch konform mit dem Verhalten seiner Verbündeten gezeigt. Darüber hinaus ist die neue sicherheitspolitische Realität der Gesellschaft fremd. Beim Thema Afghanistan bewegt sie sich zwischen „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ und „Nichts ist gut in Afghanistan“. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen von 9/11 scheinen weder in der Gesellschaft noch in der Politik angekommen zu sein. Deutschland nimmt zwanzig Jahre nach dem Kalten Krieg eine neue Rolle ein. (Wirtschafts-) Politisch füllen wir diese aus, sicherheitspo-

litisch bleiben wir jedoch zu oft Zuschauer. Gerade die deutsche Rolle müsste es sein, die sicherheitspolitische Integration der Europäischen Union voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass Europa mit einer deutlichen und klaren Stimme spricht. Antrieb und Grundgedanke muss dabei Stärkung sowie Ausbau ziviler Konfliktlösungen sein. Ein sicherheitspolitisch einigtes Europa kann Basis für eine neue transatlantische Lastenteilung sein. Solange Deutschland sich seiner Verantwortung nicht bewusst ist, wird es das europäische Projekt sehr schwer haben.

9/11 hat die Welt verändert. Wir leben in einer Zeit neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen und Gefahren. Deutschland sollte den 10. Jahrestag der furchtbaren Attentate dazu nutzen, eine Bilanz der sicherheitspolitischen Veränderungen zu ziehen, den Blick nach vorne zu richten und seine Verantwortung zu diskutieren.

Der Verfasser ist Mitglied der SPD-BUNDESTAGSFRAKTION UND MITGLIED IM VERTEIDIGUNGS-AUSSCHUSS DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

Um Jahre zurückgeworfen

9/11 und die Folgen für Völkerverständigung und Integration / Von Aiman A. Mazyek

Ein etwas ungewöhnlich warmer Herbsttag war der 11. September in Deutschland. Ich hatte damals mein privates Büro im Dachgeschoss unseres Hauses, die Hitze staute sich dort oben. An diesem Tag gab es für mich zum Glück keine Auswärtstermine, ein ganz gewöhnlicher Bürotag, lediglich am Abend stand die Mitgliederversammlung des Lions-Club an, welche aber der Präsident wegen nachfolgender Ereignisse bestürzt absagte. Was war passiert?

Ich erinnere mich genau, mein Schwager rief an und sagte nur „seht fern“ und legte auf. Meine Frau rief von unten nach mir. Ich rannte die Treppe runter ins Wohnzimmer und was ich am Bildschirm sah, war grässlich, war unwirklich; ein versteinert wirkender Ulrich Wickert, dem es die Sprache verschlug, als dann der zweite Turm auch einstürzte... Ich rang um Fassung, als die Erklärungsmuster um Osama bin Laden in den Medien ausgebreitet und begleitend die tanzenden palästinensischen Kinder gezeigt wurden – erst viel später, zu spät, stellte sich heraus, dass dies veraltete Aufnahmen waren und gar nicht im unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Weltereignis standen. Denn diese Bilder brannten sich in das kollektive Gedächtnis vieler Menschen ein. Spätestens jetzt wurde vielen klar: Die nächsten Jahre werden die Muslime weltweit im Kontext dieses einschneidenden Ereignisses betrachtet und es wird uns auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte, im Bemühen um Völkerverständigung, Integration und den Dialog der Religionen zurückwerfen. Schnell verfassten wir als Zentralrat der Muslime eine unmissverständliche Pressemitteilung, in der wir die Tat scharf verurteilten. Die harte Zeit brach an.

Seitdem ist viel zu dem Thema gesagt worden, viele Erklärungen haben wir verfasst, Terror und Gewalt verurteilt und klar gemacht, dass der Islam friedlich ist und die überwältigende Mehrheit der Muslime in Frieden leben möchte. Wir sind auf die Straßen gegangen, um zu demonstrieren, dass wir uns als Muslime nicht von Extremisten missbrauchen lassen wollen. Viele Menschen haben uns geglaubt, viele jedoch nicht. Der 11. September hat das Vertrauen in die Muslime erschüttert, er hat dem Islam maßgeblich geschadet – und vor allem hat er viele tausend Menschen auf dem Gewissen – darunter Juden, Christen, Nichtgläubige und sehr viele Muslime. Die Folgen waren schrecklich – insbesondere für den Irak und später Afghanistan. Die Welt ist seitdem nicht wieder zur Ruhe gekommen, viele Kriege wurden vom Zaun gebrochen und noch immer meinen viele Menschen, der 11. September wäre ein Triumph des Islams über den Westen. Völlig verrückt. Auch das Gegenteil ist übrigens nicht der Fall. Die gesamte Menschheit hat verloren, leidet bis heute unter dieser menschenverachtenden Tat und ihren ebenso menschenverachtenden und vernichtenden Folgen. Während unmittelbar nach dem 11. September noch führende Politiker und auch die Kirchen besonnen reagierten und davor warnten, die Muslime und den Islam ständig in den Kontext von Gewalt und Terror zu stellen und die Muslime unter Generalverdacht zu nehmen, änderte sich die Einstellung gegenüber Muslimen mit der Zeit grundlegend. Sicherheitsgesetze, Rasterfahndung und vieles andere mehr verstärkten diesen Eindruck und heute kommt keine Islamdebatte mehr ohne das Sicherheitsthema aus, wie man zuletzt am Präventionsgipfel sehen konnte. Auch als Folge des 11. Septembers weigert sich manch führender Politiker bis heute hartnäckig, eine fundierte Islampolitik zu formulieren. Eine Version, wie der Islam in das deutsche Staatsgefüge integriert werden kann, fehlt gänzlich und noch zu oft wird Sicherheitspolitik auf den Rücken der Muslime gemacht, anstatt eine mutige Integrationspolitik zu formulieren. Überhaupt – auch gestärkt durch das Islambashing mancher Islamkritiker, die hinter ihrer Kritik geschickt ihre rassistischen Einstellungen zu verbergen wissen, wurde die Islamdebatte immer mehr zur Folie von vielen anderen Themen unserer Gesellschaft, sei es die eigentümliche deutsche Befindlichkeit, die Fragen danach, wohin unser Land demografisch steuert oder wie patriotisch wir Deutsche eigentlich sein dürfen und zu guter Letzt die negative Erörterung darüber, wie viel Religion unser Land verträgt, wie dies ein Bundesverfassungsrichter anlässlich des folgenreichen Kopftuchurteils provokant diskutierte. Um Muslime geht es dabei in Wirklichkeit schon lange nicht mehr. Die Islamdebatte nach dem 11. September fungierte



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

zunehmend als Eyecatcher und kaum ein Politiker oder Kirchenoberhaupt kann scheinbar ohne irgendein Statement zum Islam auskommen, sei es noch so falsch oder substanzlos. Aber darum geht es ja wie gesagt nicht.

Die Kontextuierung Islam verspricht Aufmerksamkeit, weil die Debatte schrill, inszenierend und tendenziös geführt wird, wie man das augenscheinlich an Abhandlungen über die kruden Thesen eines Thilo Sarrazin aktuell erfahren kann. Mit einem gehaltvollen Dialog, den sich viele Intellektuelle, Künstler, besonnene Politiker und Kulturschaffende und nicht zuletzt die Muslime selber gewünscht haben, hat das schon lange nichts mehr gemein. Nicht selten fühle ich mich an die Gladiatoren erinnert, die eine bestimmte Rolle in der Arena zu erfüllen hatten – heute wird deren Rolle wiederum in Teilen in Talk-Shows integriert. Der Muslim ist dabei meist der Buhmann, der Verfechter der Antithese zu den freiheitlichen Werten des Westens. Natürlich hält diese Dialektik weder den realen Gegebenheiten noch den mittlerweile mannigfaltig angefertigten wissenschaftlichen Untersuchungen stand, welche im Zuge des 11. September die Muslime zunehmend als Lieblingsprobanden auserkoren haben.

Auch ist Terror weder besonders islamisch noch besonders christlich, sondern entspringt einer menschenverachtenden Einstellung, wie der furchtbare Terroranschlag in Norwegen dies uns nochmals ausdrücklich vor Augen hält. Auch wenn der oder die Attentäter noch so oft die Religion als Motiv in den Mund nehmen: Terror hat keine Religion. Die Folgen dieses fehlerhaften Umgangs mit dem Islam sind nun deutlich erkennbar: Der antimuslimische Rassismus? Der antimuslimische Rassismus steuert in Deutschland seinem Höhepunkt entgegen. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht irgendein

muslimisches Gotteshaus geschändet oder mit Brandsätzen beworfen wird. Kaum ein Tag, an dem nicht Muslime auf offener Straße wegen ihrer Religion angepöbelt oder sogar misshandelt werden. Wer meint, hier Opfergehebe zu erkennen, der möge einfach die Zeitungen genauer lesen, dafür braucht man auch nicht gleich den schrecklichen aus dem Motiv der Islamfeindlichkeit heraus begangenen grausigen Mord an der Muslima Marwa El-Sherbini zu zitieren.

Das Klima in Deutschland gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen und Muslimen im Besonderen hat sich kontinuierlich verschlechtert. Aus Deutschland wandern in Folge dessen immer mehr Menschen zum Beispiel in die Türkei aus als umgekehrt. Dies geht aus neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2010 hervor, worin eine Trendwende zu erkennen ist. Demnach haben abzüglich der Einwanderer fast 6000 Migranten das Land Richtung Bosphorus verlassen, die große Mehrheit von ihnen sind Ausländer, die übrigens meist Deutsche mit türkischen Wurzeln sein dürften. Der Anteil der muslimischen und türkischen Akademiker dürfte dabei überproportional hoch sein. Diese, weil auch mobiler, sagen sich: Lieber in der Türkei willkommen zu sein als ein Paria in Deutschland. Und so lässt unser Land nolens volens Deutsche mit türkischen Wurzeln in das Land ihrer Eltern abziehen. Da wirkt es fast wie Hohn, wenn jüngst der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler dazu aufforderte, die Einwanderung von Hochqualifizierten zu erleichtern. Er sprach sich für eine „neue Willkommenskultur“ aus. „Fachkräfte aus dem Ausland müssen sich hier auch wohlfühlen. Deutschland muss weltoffen sein, nicht nur während der Fußballweltmeisterschaft, sondern 365 Tage im Jahr“, appellierte der FDP-Vorsitzende kürzlich in einem Interview. Doch die Zeichen auf den Straßen sprechen eine andere Sprache.

Anschaulich gemacht durch einen jüngsten Vorfall, bei dem selbst das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht davor zurückschreckt, in seinem Kulturmagazin („Aspekte“) am Freitag eine Sarrazin-Inszenierung aus Kreuzberg auszustrahlen, welche von der Empörung über den angeblich intoleranten Türken in der einschlägig bekannten deutschen Tageszeitung mit den vier Buchstaben begleitet wird. Zu Recht hat der Deutsche Kulturrat dieses Vorgehen scharf kritisiert.

Passend dazu die theatralisch vorgetragene Inszenierung des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky, der sich seit Jahren in seinem Bezirk seiner Wiederwahl sicher sein kann, weil fast ein Drittel der Neuköllner (Türken und Araber) wegen der erschwerten Einbürgerungsvorgaben keinen deutschen Pass haben und somit nicht wählen können.

Insbesondere Ausländer mit entsprechendem Bildungsgrad fühlen sich vor allem deswegen und wegen vielen anderen Gründen hierzulande nicht mehr wohl. Die populistischen Aussagen des amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, denen zufolge man den Zustrom von Türken und Arabern stoppen soll – übrigens wider besseres Wissen und geradezu volksverdummend an der Statistik vorbeiredend – tun ihr übriges.

Zugleich aber hat die Türkei gerade gut ausgebildeten Deutsch-Türken Jobs und Karriere zu bieten. Seit der Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan an der Macht ist, wächst das Land mit enormen Wirtschaftsaufschwüngen stabil an. Selbst deutsche Unternehmen investieren viel in das Land und betrachten die Türkei längst als integralen Bestandteil von Europa.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES ZENTRALRATS DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND ■

Das kathartische Medienereignis

10 Jahre danach – oder: Wie der 11. September 2001 den Journalismus veränderte / Von Stephan Weichert

Journalisten leben sehr gut vom Geschäft mit Krisen und Katastrophen: Sei es der Atomunfall von Fukushima, die Massenpanik bei der Love Parade in Duisburg oder kürzlich der Amoklauf von Oslo – Krisenereignisse füttern den Organismus des „News Business“, gießen Öl ins Getriebe der nervösen Info-Maschinerie, lassen das Blut in den Adern von News-Junkies gerinnen. Vor allem lösen Krisen bei Reportern und Redakteuren den unbedingten Reflex aus, als Erster vor Ort und auf Sendung zu sein, um das oft Unbegreifliche greifbar zu machen, indem sie es mit Fotos, Videos, Tönen und Beschreibungen einzufangen versuchen. Ihrer Verwertungslogik folgend, tendieren die Medien allerdings dazu, einige plakative Bilder und Sequenzen der Krise schier endlos zu wiederholen. Wenn die Berichterstattung über Krisen reibungslos funktioniert, dann fühlt sich das Publikum jedoch nicht nur gut und glaubwürdig informiert. Es solidarisiert sich unter Umständen mit den Betroffenen, will an der Krisenbewältigung – zum Beispiel durch Spenden – mitwirken und rückt in der Not ein Stück zusammen. Moderiert von den Medien nehmen wir als Gesellschaft Krisen häufig zum Anlass, einen Diskurs zu führen über das, was gut und böse, was richtig und falsch, was wichtig und unwichtig ist. So makaber es klingt: Es liegt oft auch etwas Heilsames, man könnte sagen: etwas Kathartisches in jeder Krisensituation.

Das Krisenhafte, das in seiner altgriechischen Ursprungsbedeutung einen „kritischen Wendepunkt“ markiert, ist also in der Genetik des Nachrichtengeschäfts schon mit angelegt – auch weil es wahrnehmungspsychologisch gesehen bei fast allen wichtigen Nachrichtenfaktoren ins Schwarze trifft, vom „Überraschungsmoment“ und dem „Bezug zu Elite-Nationen“ bis zu „Negativität, Dramatik und Bedeutsamkeit“ – all das sind Charakterzüge, die Krisenereignissen anhaften, sie für Journalisten so anziehend machen. Dennoch zeigt sich das „Doppelgesicht der Krisenberichterstattung“ nirgends so deutlich wie bei verheerenden Naturkatastrophen, einem Super-GAU, Massenpaniken mit tödlichen Folgen oder Terroranschlägen mit zahlreichen Opfern. Denn wenn Journalisten sich zu allwissenden Welterklärern aufschwingen und dem Schrecken einen (ihren) Sinn überstülpen wollen, stoßen sie regelmäßig an ihre emotionalen und handwerklichen Grenzen: Erschlagen von der Bildgewaltigkeit, überrumpelt von der eigenen anfänglichen Sprachlosigkeit und überwältigt von dem Chaos, das fast in jeder Krisensituation vorherrscht, neigen Korrespondenten und Kommentatoren hin und wieder zu Fehlurteilen, lassen sich gelegentlich zu Spekulationen über Hintergründe und Opferzahlen hinreißen, überspielen häufig ihr Unwissen durch Übertreibungen und versuchen eigentlich immer, den Mangel an belastbaren Eigenrecherchen mit einem Überfluss an nichtssagenden Expertenmeinungen, Talkshowgästen, Live-Schalten oder Bilderschleifen zu kompensieren. Bei aller Besonnenheit hat man seit geraumer Zeit immer wieder das Gefühl: Irgendetwas läuft schief im deutschen Krisenjournalismus.

Andererseits ist der Krisenjournalismus, im Ganzen gesehen, professioneller geworden. In vielerlei Hinsicht prägend war der 11. September 2001, also jener Tag, an dem vor zehn Jahren „ein Stück Welt explodierte“, wie es Reporterkoryphäe Herbert Riehl-Heyse ausdrückte. Gerade die deutschen Nachrichtenmacher haben während dieses einmaligen Ereignisses viel gelernt: Sie haben die logistischen Probleme des globalen Terrorkriegs weitgehend in den Griff bekommen, konnten die technischen Herausforderungen von Satellitenübertragung und Breaking-News-Systemen meistern, haben sprachliche und kulturelle Hürden bezwungen und wurden so immer öfter ihrem Anspruch gerecht, mittendrin statt nur dabei zu sein, wenn die Welt einmal wieder in Flammen stand. Auch wenn so mancher Medienkritiker ihnen eine Krise ihrer selbst andichten will: Deutsche Medien liefern, trotz einiger wiederkehrender Pannen, eine ganz ordentliche Performance ab. Magazine wie Spiegel und Stern, die überregionalen Qualitätszeitungen, einige Online-Newspostale, aber auch das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen müssen sich vor den tonangebenden

Global News Playern wie „New York Times“, „Economist“, „Time“, „Guardian“, BBC World, Al-Dschasira oder CNN nicht verstecken, was Reaktionsvermögen, Taktung und Auslandseinsatz in Krisensituationen angeht. Im Gegenteil: Deutsche Nachrichtenmedien berichten seit dem 11. September auf Augenhöhe mit internationalen Prestige-Medien.

Dieses amerikanische Trauma, das vor zehn Jahren mithilfe der Medien reflektiert und professionell verarbeitet wurde, bleibt in den Köpfen der Menschen unauslöschbar. Erstaunlich ist, dass noch heute jeder weiß, wo er genau an diesem Tag war und was er empfand, als die Anschläge passierten – ein Streich unseres kollektiven Gedächtnisses, allenfalls vergleichbar mit Medienereignissen von der Dimension des Berliner Mauerfalls 1989 oder der ersten bemannten Mondlandung 1969. Wie tief die Angst bei den meisten US-Bürgern immer noch sitzt, belegt der amerikaweite „Pessimismus-Index“, den das US-Magazin „Time“ vor kurzem in Auftrag gegeben hat: Auf die Frage, welches das wichtigste Ereignis im vergangenen Jahrzehnt war, nennen 41 Prozent aller 2000 befragten Amerikaner den 11. September – mit weitem Abstand vor der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten und der anhaltenden Wirtschaftskrise. Beunruhigend an dieser Umfrage ist vor allem, dass die Schockwirkung der tragischen Ereignisse – trotz der Ermordung Osama bin Ladens und Schwächung Al-Qaidas – von den meisten Menschen nach wie vor als Auslöser einer Abwärtsspirale wahrgenommen wird, die für den Untergang der gesamten Nation verantwortlich ist: Nur sechs Prozent der Befragten glauben, dass sich ihr Land von den Anschlägen erholt hätte – schlimmer noch: In den nächsten Jahren werden weitere Terroranschläge gegen die USA erwartet, ein Pessimismus, der sich auch in den Medien widerspiegelt.

Denn auch als Krisenspektakel, das wegen seiner hollywoodeskenen Aufnahmen aus dem Nachrichtenfluss herausragte und die Zuschauer brutal in seinen Bann zog, wirkt der 11. September nach. Nicht nur Journalisten in den USA, auch hiesige Redaktionen trafen die bildermächtigen Ereignisse mitten ins Herz. Vollkommen unvorbereitet mussten sie in diesem Moment der Unsicherheit und Bedrohung eine schwierige Aufgabe erfüllen: das unfassbare Geschehen in eine begreifbare Geschichte zu verpacken. Indem sie die Krise öffentlich einordneten, kommentierten und damit Beistand zu leisten versuchten, waren die meisten Journalisten in ihrer Rolle des Orientierungsgebers jedoch hoffnungslos überfordert. Die Lerneffekte der Medien im Umgang mit Terror und Gewalt, aber auch viele handwerkliche Fehlritte sind auf diese einschneidende Grenzerfahrung zurückzuführen. Drei Phasen, die nicht zufällig an die Phasen im Übergangsritual der beiden Ethnologen Arnold van Gennep und Victor Turner erinnern, haben unsere gesamte Wahrnehmung von Krisenereignissen in den Medien, aber auch die heute üblichen Darstellungsformen im Journalismus maßgeblich beeinflusst: Schock, Inszenierung und Bewältigung.

Der Schock

Unwirklich, beinahe surreal kamen den meisten Betrachtern die Live-Bilder zunächst vor, die der 11. September in unsere Wohnzimmer brachte: So etwas hatte man noch nie gesehen! Gerade in der Anfangsphase der Berichterstattung stand den Moderatoren ihre Sprachlosigkeit förmlich ins Gesicht geschrieben. Die tiefliegende zweite Passagiermaschine, der explodierende Feuerball, die zusammenstürzenden Twin Towers, die mit Staub überdeckten Straßen und umherirrenden Menschen: Viele Fernsehredaktionen waren süchtig nach diesen sich wiederholenden Sequenzen, nach Zeitlupen, Korrespondentschalten und Experteninterviews während der laufenden Katastrophe. Die Konzentration auf die wenigen Bilder des Terrors zeugte von einem Schockzustand, der aber wenig später in einen regelrechten „Terror der Bilder“ umschlug, indem die immer gleichen Endlosschleifen liefen – während die Medien in Erklärungsnot gerieten. Auch auf den Titelseiten der Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine erschienen weltweit trotz einer immensen Bilderflut unmittelbar nach den Ereignissen fast dieselben Fotografien. Die Wirkung dieser Ikonografie war am Ende so groß, dass sie die eigentliche Katastrophe überstrahlten. Damit wurde der Zwang, Krisenereignisse



© Hiroji Kubota/Magnum Photos/Agentur Focus

aus der Veranschaulichung durch schockierende Bilder heraus erklären zu können und so in eine Bedeutungsfalle zu tappen, besonders deutlich. Und noch ein Effekt spiegelt sich in dieser Phase wider, die uns unser Sicherheitsgefühl nahm und unser Weltbild veränderte: Großzügig freigeschaufelte Sendezeit mit frischem Material zu füllen, ist in Live-Situationen besonders heikel. Das ist jetzt zehn Jahre her, aber Ähnliches war beim Atomunfall im japanischen Fukushima zu beobachten: Auch hier verliehen Live-Bilder von der Explosion des Meilers dem Ereignis eine seltsame Dramatik, die Moderatoren und Korrespondenten zu Fehleinschätzungen und Kurzschlussreaktionen verführte.

Die Inszenierung

Der 11. September war nicht nur ein bildgewaltiges Medienereignis, sondern auch eines, das von enormem Inszenierungsreichtum getragen wurde: Als wäre das Geschehen an sich nicht schon spektakulär und dramatisch genug, hat sich die Setzung eigens entworfener Themenlogos in der Krisen- und Kriegsberichterstattung seitdem etabliert. „Terror gegen Amerika“ oder „Krieg gegen den Terror“ waren danach stilbildende Elemente, die nicht nur „typisch“ für amerikanische Nachrichtensender, sondern seither auch im deutschen Fernsehen bei Krisen und Katastrophen unterschiedlichster Art eingesetzt werden. Video-Trailer, Montagen, Split-Screen-Verfahren und Computer-Simulationen sind ähnliche ästhetische Gestaltungselemente, die nach den Terroranschlägen von New York Karriere machten, um Medien-Hypes zu erzeugen, also spektakuläre und über einen vergleichsweise kurzen Zeitraum aufgebauchte Ereignisse am Kochen zu halten, im Fachjargon: weiterzudrehen. Diese Embleme und Symbole wurden inzwischen weiter perfektioniert. Sie liefern einen Interpretationsrahmen, geben durch Stereotypisierungen vor, wer Täter oder Opfer, Freund oder Feind ist, um dem Unbegreiflichen einen Sinn zu geben, aber auch um zu demonstrieren, dass die Medien „alles im Griff“ haben und der Ablauf der Krise nach ihren Spielregeln funktioniert. In dieser Schwellenphase, ein labiles Zwischenstadium, erkannte man nach dem 11. September auch, wie das Ereignis allmählich in andere Mediengattungen und Darstellungsformen diffundierte. Ob Talkshow, Reportage, Dossier oder Dokumentation – hier zeigte sich die Macht der Bündelung öffentlicher Aufmerksamkeit in einem einzigen Großereignis: ein bisher wiederkehrender Medienmechanismus, egal ob man an die Bombenattentate von London, den Amoklauf von Oslo oder die Love Parade in Duisburg denkt.

Die Bewältigung

In der Bewältigungsphase formiert sich letztlich die Katharsis, also die reinigende Überwindung des Schreckens, die mit einer starken Gemeinschaftsbildung und Identitätsstiftung in der Krise verbunden ist: Furcht (vor einem Krieg), Mitleid (mit den Opfern) oder Wut (auf die Terroristen) werden abgelöst durch Solidaritätsbekundungen und ein Wir-Gefühl, das auch die Medien durch integrierende Rituale und Artefakte des Krisenereignisses transportieren. Am 11. September sind die Menschen nicht nur bildlich, sondern tatsächlich zusammengerückt. Poetisch ausgedrückt: Die Gesellschaft wurde durch dieses Live-Erlebnis an den Fernsehschirmen in einem kollektiven Herzschlag synchronisiert. Viele haben die Berichterstattung über viele Stunden nicht nur im engen Freundes- oder Familienkreis verfolgt, sondern auch den kommunikativen Austausch mit Kollegen oder sogar Fremden gesucht: am Arbeitsplatz, auf dem Schulhof, in der U-Bahn, auf dem Sportplatz. Public Viewing, das heute vor allem bei Sportereignissen wie der Fußball-WM als chic gilt, wurde schon am 11. September praktiziert, nur eben nicht zum Vergnügen, sondern zur Bewältigung der Krise. Zu dieser Form der Aufarbeitung gehört auch, dass der 11. September das meist fotografierte und gefilmte Ereignis der Mediengeschichte ist: Im Gedenken an die Opfer und Retter versuchen die Medien mit ihren Archivaufnahmen und historischen Dokumenten diesem schrecklichen Ereignis in jedem Jahr – auch an diesem zehnten Jahrestag – ein symbolisches Mahnmal zu errichten. Dass nicht nur das Publikum, sondern auch die Medien somit zu einem neuen Modus der Selbstreinigung gefunden haben, zeigt sich heute noch an den Spendenaufrufen und Solidaritätsbekundungen nach verheerenden Naturkatastrophen wie dem Erdbeben in Haiti, nach Hurrikan Katrina oder dem Tsunami in Südostasien. In dieser Phase sind die Bilder des Grauens längst zu Ikonen geronnen, zu medialen Archetypen ihrer selbst, die Realität nicht mehr erzeugen, sondern nur noch abbilden können.

DER VERFASSER IST PROFESSOR FÜR JOURNALISTIK UND REGIONALER STUDIENGANGSLEITER AN DER PRIVATEN MACROMEDIA UNIVERSITY IN HAMBURG. ER IST INITIATOR UND MITBEGRÜNDER DES VEREINS FÜR MEDIEN- UND JOURNALISMUSKRITIK E.V. ■

Schalten ohne Pause

Live-Berichterstattung an 9/11 / Von Thomas Nehls

Es ist in den vergangenen zehn Jahren dabei geblieben: Die beruflichen Strapazen in den Stunden, Tagen und Wochen nach dem 11. September 2001 sind durch nichts und zu keiner Zeit übertroffen oder auch nur eingeholt worden. Dass ein Rückblick auf das katastrophalste Ereignis, das die USA in Friedenszeiten je heimgesucht hat, derart profan beginnt, hat seinen Grund: Noch heute kommen mir vor allem die chaotischen Umstände der Recherche und die ungebremsste Nachfrage nach Berichten und Kommentaren über das Geschehnis, seine Nachwehen, Konsequenzen und Bewertungen in den Sinn.

Es begann kurz vor 15 Uhr deutscher Zeit am 11.9.2001. Meine Frau hatte mich am amerikanischen Morgen gegen 8:50 Uhr auf den Balkon unserer Wohnung im obersten Stockwerk eines Hauses an der 34. Straße/Ecke First Avenue in Manhattan gerufen. Von der 35. Etage aus hatte sie an jenem herbstlichen Sonntag bei freiem Blick in Richtung Süden den Nordturm im World Trade Center brennen gesehen – genauer sein oberes Drittel. Ich wollte gerade mit dem Aufzug in die Lobby fahren und mich auf den 8-Minuten-Fußweg ins New Yorker ARD-Studio machen. Der Griff zum Telefon führte noch vor den 15 Uhr-Nachrichten in Deutschland zum ersten Radio-Bericht im WDR2-Mittagsmagazin. Auf die Frage des Moderators Manfred Erdenberger nach dem möglichen Grund für den Brand waren allerdings vor allem Spekulationen zu vernehmen. Die Erinnerung an das verheerende, bei Renovierungsarbeiten entstandene Feuer auf dem Düsseldorfer Flughafen hatte sich aufgedrängt; die immer wieder in den USA von Selbstmördern (nicht Selbstmordattentätern) in Gebäude gelenkten Kleinflugzeuge fielen mir ein. Dass es eine stattliche Zivilmaschine war, hatte ich vom Balkon aus nicht sehen können. Noch oder schon wieder auf dem Sender, sah ich wieder nur das Resultat: Das zweite Flugzeug war in den Südturm gerast und hatte dessen Glas-Stahl-Körper diagonal aufgeschlitzt. In diesen Momenten hoffte ich auf zweierlei: Dass nicht ein weiteres Flugzeug nun in das von uns nur etwa 600-700 Meter entfernte Empire State Building fliegen würde und dass unser Festanschluss durchhalten möge – und nicht, wie bereits beim Handy, die telefonische Kommunikation im Keim erstickt würde. Beide Wünsche gingen in Erfüllung.

Erst zweieinhalb Stunden nach den Anschlägen, also nach 11 Uhr, verließ ich meine „Dauersprechstelle“ auf dem Balkon und machte mich auf den Weg ins ARD-Studio. Dort hatte mein Radio-Kollege Carsten Vick den ersten Berichtsmarathon hinter sich. Der Fernseh-Mannschaft hingegen fehlte der Korrespondent. Er war in Kanada gestrandet, genauer in Edmonton, und konnte nicht umgehend zurückfliegen, weil der Luftraum über New York längst großflächig gesperrt worden war. Seit meinen wechselweisen Auftritten im deutschen Radio- und Fernsehprogramm weiß ich, was es heißt, bimedial im Dauerstress zu sein.

Unsere TV-Producerin Annemarie Kammerlander vollbrachte ein wahres Wunder: Mit zunehmendem



© Eli Reed/Magnum Photos/Agentur Focus

dem Chaos wegen mangelnder Informationszufuhr bei stetig steigender Berichtsnachfrage aus Deutschland praktizierte sie gelebte Gelassenheit und zog mich mit in diese vermeintliche Ruhestellung. Unzählige Schaltungen in deutsche Radio- und Fernsehprogramme wurden ausgeführt, für hektische und nervöse Begleitmusik fehlten Kammerlander und all den anderen Kolleginnen und Kollegen schlichtweg die Noten. Derlei professionelle Vernunft hielt sich tagelang. WDR-Kollegen, die eine journalistische Studienreise durch die USA in Tennessee abbrachen und mit dem Zug nach New York kamen, erkannten die Zeichen der Zeit ebenso wie die Verstärkung, die aus dem Studio in Washington angereist kam. Die Berichterstattung an sich war es nicht, was nervte. Zwar geriet die Fortschreibung der Opferzahlen nicht gerade verlässlich, noch dazu entsprangen erste Mutmaßungen über den Ablauf der Anschläge und dann auch bald deren Zustandekommen nicht unbedingt seriösen Quellen: Die Geschehnisse selbst waren aber derart dramatisch, dass es zu Lücken in der Darstellung gar nicht kommen konnte.

New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani, stets eingerahmt mindestens vom Polizeipräsidenten und vom Feuerwehrboss, gab – gefühlt stündlich – Statements ab: Aus den eingestürzten Türmen rechtzeitig Davongekommene äußerten sich zu ihrer Rettung – in den US-Radio- und Fernsehprogrammen „hagelte“ es vom ersten Moment an Vermutungen, Analyse-Versuche, auch schon

Beschuldigungen, Kritik und Vorwürfe aller Art. Für eigene Recherchen war zunächst keine Zeit – zumal umgehend die Straßen und später ganze Viertel um Ground Zero herum hermetisch abgeriegelt wurden. Nachhaltig bis heute sind die Eindrücke an zwei Orten, die zumindest für Journalisten erreichbar waren. An einer Stelle war man freilich fast allein; man traf in den Krankenhäusern Manhattans zwar zuhauf Ärzte und Schwestern, aber kaum Patienten an: Die, die der Trümmerlandschaft entkamen, bedurften erstaunlicherweise nur selten ärztlicher Hilfe und wollten nur noch nach Hause; für die fast 3.000 anderen war es eh zu spät. Der andere Ort war die kleine St. Paul's Chapel, die in unmittelbarer Nähe des World Trade Centers unversehrt geblieben war und als Rückzugsort für übermüdete Feuerwehrleute und andere Helfer diente. Einst war ihr Standort an der Südspitze Manhattans ein Feld in Hafennähe. Das 1776 erbaute Gotteshäuschen sollte allen Trost spenden, die fern der Heimat waren. Der Zufluchtsort galt schon damals als „Kapelle der Erleichterung“. Noch Wochen nach der Katastrophe war der kleine Garten der Anlage von dickem Staub und Betonbrocken bedeckt. Der Eingangsbereich war übersät von Fotos Vermisster, die später für tot erklärt werden mussten, von Helmen und Gürteln gestorbener firefighters und den Mitbringseln der ersten „Ground-Zero-Pilger“; letztere kamen aus dem ganzen Land auch, um zu helfen und sich an Aufräumarbeiten zu beteiligen. Doch dafür

war längst schweres Baugerät zur Stelle. Und die Feinarbeit hatten Forensiker übernommen. Sie suchten monatelang das Areal auf Anhaltspunkte ab, die ihnen die Identifizierung der Toten erleichtern konnten.

Zur Tagesordnung übergegangen ist die Berichterstattung in der für mich faszinierendsten Stadt der Welt auch zehn Jahre danach noch nicht. Natürlich wird „9/11“ nicht erwähnt, wenn die Wall Street das Thema ist, die Vereinten Nationen ihre Aktivitäten darstellen oder die N.Y.-Fashion-Week ihre Tore öffnet. Spätestens jedoch in Reports über den Arbeitsmarkt und die Immobilienbranche fehlt selten die neue Zeitrechnung: before or after – vor oder nach 9/11. Schließlich markiert jener sonnig begonnene Septembertag auch eine Wende in New Yorks Dasein als eines der hauptsächlichsten Touristenziele. Nicht, dass niemand mehr käme; die Anziehungskraft der auch gern als Mythos geltenden Metropole ist ungebrochen. Allerdings nicht mehr ihre Gelassenheit. Dafür sorgen allein die sich häufig martialisch gebenden Polizisten und andere allgegenwärtige Sicherheitskräfte. Vielleicht sollten die sich von meiner ehemaligen Kollegin im ARD-Studio New York, der TV-Producerin Annemarie Kammerlander, einmal coachen lassen.

DER VERFASSER LEITETE VON 1998 BIS 2003 DAS ARD-HÖRFUNKSTUDIO NEW YORK UND ARBEITET SEIT JULI 2003 ALS KORRESPONDENT IM WDR-HAUPTSTADTSTUDIO BERLIN ■



© Hiroji Kubota/Magnum Photos/Agentur Focus

Die Medien und der 11. September

Diskursive Deeskalation / Von Lewis Gropp

Nach dem 11. September haben die Medien in Deutschland gut auf den erhöhten Bedarf an Islam-Expertise reagiert. Im Laufe der Zeit rückte eine neue Generation medienaffiner Islamwissenschaftler ins Rampenlicht, außerdem sorgen die nach wie vor hohen Qualitätsstandards des deutschen Journalismus für eine – gemessen am internationalen Vergleich – sachbezogene Islam-Debatte, die weitgehend frei von demagogischen Untertönen geführt wird. Verschiedene Faktoren könnten dazu führen, dass sich populistische Stimmen weiter in den Vordergrund drängen. Doch die Tatsache, dass immer mehr freiheitlich-demokratisch gesinnte Muslime die Medienlandschaft prägen, gibt Anlass zum Optimismus.

Die Menschheit habe das 21. Jahrhundert durch ein Feuerportal beschränkt, so kommentierte Kofi Annan, damaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Anschläge des 11. September. Doch auch wenn große Teile der Bevölkerung in den USA und Europa die Terrorakte als gezielten Angriff auf die westliche Gesellschaft und ihre freiheitlich liberale Demokratie verstanden – in den deutschen Medien blieben bellizistische Attacken und unreflektierte Pauschalurteile über Muslime und deren vermeintlich inhärent gewalttätige Kultur und Religion zunächst aus. Im Gegenteil: Die großen Zeitungen warfen nicht den ersten Stein, sondern suchten nach Erklärungen, es wurden Fragen gestellt, Antworten gesucht. „Why do they hate us so much?“, titelte die New York Times – in den Redaktionsräumen in Deutschland suchte man ebenfalls nach Antworten auf diese Frage.

Auf skurrile Weise beschrieb Al Jazeera dieses dringliche Informationsbedürfnis des Westens über den Islam: In der Bildunterschrift eines Fotos, das die zweite auf die World Trade Center zufliegende Boeing 737 darstellte, war zu lesen: „Die Anschläge vom 11. September haben im Westen ein großes Interesse an der islamischen Kultur geweckt.“ Und so grotesk diese Aussage angesichts der Grausamkeit der Anschläge erscheint, so enthält sie mehr als nur einen Funken Wahrheit. Insbesondere in Deutschland haben die Anschläge von New York und Washington die Medienberichterstattung dahingehend verändert, dass die bis dahin kamera- und mikrofonfeindliche Islamwissenschaftler der alten Schule durch eine neue medienaffine Generation abgelöst wurden. Vermeintliche „Experten“, die mitunter großen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten, wie beispielsweise der umstrittene Gerhard Konzelmann, wurden von promovierten Islamwissenschaftlern wie Navid Kermani, Katajun Amirpur, Gudrun Krämer, Mathias Rohe, Udo Steinbach oder Stefan Weidner abgelöst.

Diese neue Generation von Islamwissenschaftlern war in der anschwellenden Islamdebatte in erster Linie damit beschäftigt, die deutsche Öffentlichkeit von der Vielfalt islamischer Kulturen zu informieren und davon, dass das Bild einer inhärent gewalttätigen Kultur ein verkürztes Zerrbild darstellt. Es ging auch immer wieder darum zu erklären, dass die politischen und gesellschaftlichen Missstände in der islamischen Welt in vielen Fällen keine religiösen Ursachen haben – und nicht selten sogar auf die Rechnung des Westens gehen, weil dieser Diktatoren stützte (wie beispielsweise in Ägypten und Algerien), demokratische Regierungen stürzte (wie beispielsweise im Iran) oder auch selber ganz direkt radikalislamische Bewegungen förderte (wie beispielsweise in Pakistan und Afghanistan). Diese neuen Islamwissenschaftler stehen der islamischen Kultur offen und vorurteilsfrei gegenüber, aber anders als Annemarie Schimmel, die „Grand Dame“ der alten deutschen Islamwissenschaft, die dem Islam als Konvertitin wohlwollend zugeneigt war – und sich beispielsweise nicht dazu durchringen konnte, Ayatollah Khomeinis Todesfatwa gegen Salman Rushdie zu kritisieren –, taugt diese neue Generation deutscher Islamwissenschaftler nicht zur Verharmlosung islamisch gerechtfertigter Gräueltaten, hier finden sich keine Zwischentöne kulturrelativistischer Apologetik.

Neben diesen in der Regel an die Universitäten angebotenen Akademikern und den zahlreichen Islamwissenschaftlern, die mittlerweile freiberuflich als Journalisten ihre Expertise vermitteln, gibt es in Deutschland zudem eine Vielzahl an Redakteuren von großen Tageszeitungen, die über umfangreiche Kenntnisse über die islamische Welt und den Islam verfügen. In wohl keinem anderen Land der Welt werden



© Alex Majoli/Magnum Photos/Agentur Focus

über die klassischen Printmedien derart umfassend und fundiert Kenntnisse vermittelt wie in Deutschland. Das hat sicher etwas mit der bedeutenden Tradition orientalistischer Forschung zu tun, die bis ins frühe 18. Jahrhundert zurückreicht – neben Frankreich und England war Deutschland auf diesem Gebiet über viele Generationen führend und ist es zum Teil bis heute. Es ist aber auch auf die insgesamt sehr hohe Qualität des deutschen Journalismus zurückzuführen. Und nicht zuletzt auf die in diesem Land geführte Islamdebatte, für die der 11. September vor zehn Jahren ein tragischer Katalysator war, und die einen Bedarf an Know-how auf diesem Gebiet generierte. Islamische Themen waren auf einmal gefragt – auch, wenn es dabei selten um den Islam als Religion ging, sondern immer nur um Politik.

Inmitten populistischer Tendenzen mit antiislamischem Einschlag in ganz Europa wie auch den USA ist Deutschland vor xenophoben Auswüchsen und einem kulturrassistischen Diskurs weitgehend verschont geblieben. Öffentliche Debatten werden bisher frei von Demagogie und Populismus ausgefochten. Das Klima droht sich zu verändern. Als Innenminister hat Wolfgang Schäuble immer wieder – unter positivem Medienecho – auf die Tatsache hingewiesen, dass der Islam ein Teil Deutschlands sei. Doch als Bundespräsident Christian Wulff die gleichen Worte wählte, schlug ihm ein kühler Wind entgegen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Leute wie Alice Schwarzer, Monika Maron, Ralph Giordano, Henryk M. Broder und Thilo Sarrazin die Medien mit populistischen Halbwahrheiten und Diffamierungen bedienen und gefährliche Ressentiments schüren. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darf Necla Kelek immer wieder ungestraft behaupten, der Islam als solcher müsse abgeschafft werden. Diese Forderung könnte man durchaus als verfassungsfeindliche Propaganda einstufen – die Forderung nach Abschaffung einer Religion verstößt gegen das verfassungsrechtlich verbrieftete Recht der Religionsfreiheit. Doch Kelek und ihre Mitstreiter behaupten, der Islam sei keine Religion, sondern eine verfassungsfeindliche Ideologie. Dabei belegen zahlreiche Studien, dass der Großteil der in Deutschland lebenden Muslime nicht an Radikalismus interessiert ist. Auch wenn es die Islamkritiker nicht glauben mögen: Es gibt ihn, den moderaten Islam, mitten in Deutschland. Für alles andere gibt es den Verfassungsschutz.

Insgesamt gesehen hat die Debatte über den Islam seit dem 11. September 2001 an Dynamik gewonnen. Aber auch der Islam in Deutschland hat sich verändert – das spiegelt sich auch in den Medien wider. Der größte islamische Verband, der Zentralrat der Muslime, wird nicht mehr

durch den in seinen Ansichten konservativen und in seinem Auftreten unbefohlenen wirkenden Axel Ayub Köhler vertreten, sondern von dem liberalen, mediengewandten Ayman Mazyek; im Internet gibt es immer mehr Blogs und Webseiten von Muslimen, die sich mit den Fragen von Religion und Gesellschaft auseinandersetzen und keinen Gegensatz zwischen ihrer deutschen und islamischen Identität sehen; es gibt zahlreiche islamische Magazine, die sich in der Mitte der Gesellschaft verorten, wie das von Sineb El Masrar herausgegebene Mädchenmagazin „Gazelle“ oder die „Deutsch-Türkischen Nachrichten“; und es erscheinen auch immer mehr seriöse Debattenmagazine, wie beispielsweise das „Migazin“ oder das jüngst von der Islamwissenschaftlerin Nimet Seker gegründete Printmagazin „Horizonte. Zeitschrift für muslimische Debattenkultur“. Zudem haben sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten vermehrt darum bemüht, junge Jour-

nalisten mit Migrationshintergrund zu fördern und einzustellen.

Mit dem 11. September sind sich der Westen und der Islam ein großes Stück nähergekommen – im Guten wie im Schlechten. Aber ein Blick in die deutsche Medienlandschaft zeigt, dass die Vorstellung vom Kampf der Kulturen einstweilen widerlegt werden konnte: Keine Eskalation ist alternativlos. Und wir als Medienschaffende tragen alle Verantwortung, mit einer faktenbasierten Versachlichung zur diskursiven Deeskalation beizutragen.

DER VERFASSER IST REDAKTEUR DES ONLINE-MAGAZINS QANTARA.DE – DIALOG MIT DER ISLAMISCHEN WELT VON DER DEUTSCHEN WELLE (WWW.QANTARA.DE) UND ARBEITET AUSSERDEM ALS JOURNALIST UND LITERATURWISSENSCHAFTLER FÜR ÜBERREGIONALE MEDIEN WIE DIE NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, DIE TAZ UND DEN DEUTSCHLANDFUNK ■

Wer lernt von wem?

Islam in Deutschland / Von Ronald Grätz

Die Themen Islam, Migration und Integration stehen seit dem vergangenen Jahr auf der öffentlich verhandelten Agenda so weit oben wie selten zuvor. Dabei ist das Islambild in Deutschland, so repräsentative Umfragen, von starken Vorurteilen und Stereotypen geprägt: Angst vor einer „vom Islam“ ausgehenden Gewalt kennzeichnet die öffentliche Debatte. Sie ist aber nur ein Teil der Auseinandersetzung über das Eigene und das Fremde – und diese gründet sich oftmals auf unreflektierte Annahmen.

Der 11. September 2001 und die darauffolgenden Kriege in Afghanistan und im Irak sowie einige Präventionserfolge in der Verhinderung vermutlich geplanter Terroranschläge der deutschen staatlichen Stellen haben die negative Haltung gegenüber „dem Islam“ verstärkt. Im Mai 2006 sahen laut einer Allensbach-Umfrage zwischen 60 und 91 Prozent der Befragten „den Islam“ als fanatisch, intolerant, rückständig, undemokratisch und vor allem als frauenfeindlich an. Darüber hinaus hat die Art und Weise der Debatte in Deutschland über „den Islam“ zum Negativimage beigetragen.

Diese Debatte entzündet sich meist an lokalen Themen wie zum Beispiel dem Moscheebau in Köln, den sogenannten Brennpunkten in Wohngebieten und Schulen und an „Integrationsproblemen“, mit denen andersartiges

Verhalten etikettiert wird. Übergeordnete Themen wie Kopftuch, Ehrenmorde, Kofferbomben und geplante Terroranschläge sowie Berichte über grausame Strafpraktiken im Namen der Scharia überhöhen die lokalen Themen, nähern die Befürchtung, „der Islam“ zerstöre die liberal-westliche Gesellschaft in Deutschland und gipfeln in der Quintessenz: „So wollen wir hier nicht leben.“ Die Debatte ist damit überwiegend konfliktfokussiert.

Zum Konfliktfokus trägt auch bei, dass meist miteinander unverbundene Gruppen die öffentliche Debatte führen: Experten versuchen, eine differenzierte Wahrnehmung über „den Islam“ herbeizuführen, seiner Vielfalt und Strahlkraft in Deutschland umfassend Rechnung zu tragen und dem Negativimage auf einem hohen sachlichen Wissens- und Kenntnisstand zu begegnen. Zu den Experten und – meist politischen – Eliten gehören auch die kulturellen Mahner. Sie erfahren öffentlich eine größere Resonanz, da „Normalverbraucher“ ihnen durch die Wahrnehmung der „interkulturellen Unfallberichte“ des täglichen Lebens Plausibilität zusprechen. Hier spielt – je nach journalistischem Genre – die Konfliktfokussiertheit oder die mangelnde konstruktive Konfliktsensitivität mancher Medien eine Rolle. Eine Auseinandersetzung war selbst im und nach dem Sarrazin-Hype eher die Ausnahme.

Fortsetzung von Seite 13

Wer lernt vom wem?

Inwieweit die Meinungsmacher in ihrem Alltag muslimischen Gruppen in Deutschland begegnen, darf infrage gestellt werden. Neben Experten und kulturellen Mahnern schließt sich eine dritte Gruppe von Meinungsmachern mehrheitlich von einer eigenen lebensweltlichen Erfahrung und von der Auseinandersetzung aus. Die Traditionswahrer verweigern sich meist dem interreligiösen Dialog. Allen öffentlich gewürdigten Anstrengungen zum Trotz, scheitert das bloße Zustandekommen dieses Dialogs oft an dogmatischer Voreingenommenheit.

Die letztgenannte Gruppe zeigt am deutlichsten, warum es im Kern geht: Die Debatte über Islam, Migration und Integration beinhaltet die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, mit der Abgrenzung von fremder Identität – und das bewirkt oft die Abwehr des Gedankens, dass es eine Identität geben kann und gibt, die sich aus mehreren Wurzeln speist und nicht nur aus einer einzigen. Das Konzept der multiplen Identität beunruhigt nach wie vor in hohem Maße das Seelenleben einer christlich ausgerichteten Kultur. Für eine zunehmend große Gruppe innerhalb der Bevölkerung ist die multiple Identität aber eine lebensgeschichtliche Tatsache.

Die Identitätsfrage schließt eine weitere Frage ein, die meist a priori und implizit beantwortet zu sein scheint: Wer muss lernen und wer muss sich verändern? Der Lern- und Veränderungsdruck wird den Menschen mit Migrationshintergrund auferlegt, und das hört beim „richtigen“ Erlernen der deutschen Sprache noch lange nicht auf. Diese Lernaufgabe dauert im Grunde ein Leben lang, besonders und gerade, wenn der „Lerninhalt“ als Kanon des „Deutschen“ aufgefasst wird. Auf eine etwas makabre, aber symptomatische Art wird die Lernaufgabe ein letztes Mal gestellt, wenn es zum Beispiel um die Zulassung islamischer Bestattungen auf deutschem Boden geht. In Yasemin und Nesrin Şamderelis Film „Almanya – Willkommen in Deutschland“ zieht es Hüseyin, der Zuwanderer der ersten Generation, vor, während einer Reise in der Türkei zu sterben. Die Familie beerdigt ihn in „heimischer“ Erde; er ist dahin gegangen, wo er herkommt (und diese Formulierung soll durchaus an den gleichlautenden aggressiven Appell erinnern).

Die lebenslange Unerfüllbarkeit des „Deutsch-Werdens“ bringt die Asymmetrie des Lern- und Veränderungsdrucks und das darin enthaltene kulturelle Verhältnis auf den Punkt. Dieser Gedanke kann das „dem Islam“ zugeschriebene Gewaltpotenzial und den Verdacht, dieser wolle die Lebensweise der „Einheimischen“ zerstören, deutlich relativieren.

Die Herausforderung von Migration und Integration liegt also für die Mehrheitsgesellschaft zunächst in der Frage, wie der Lern- und Veränderungsdruck an die Zugewanderten weitergegeben werden kann; gegen den Strich gebürstet lautet diese Frage jedoch „Wie können wir Einheimischen so bleiben, wie wir sind?“. Darin kann man den Kern des Integrationsproblems sehen, das die Mehrheitsgesellschaft mit zugewanderten Menschen hat. Eine Antwort besteht in der mangelnden Öffnung oder gezielten Abschottung der Lebensbereiche von Einheimischen und Zugewanderten; gerade dieses Verhalten produziert die Voraussetzungen für Parallelgesellschaften, deren Existenz den Zugewanderten gerne als mangelnde Integrationsbereitschaft vorgeworfen wird. Im Übrigen stellen sich Zugewanderte diese Frage ebenfalls, wenn auch unter anderen Voraussetzungen. In dieser Gemengelage dürfte es schwer sein, Lösungen zu finden.

Die eigentliche Herausforderung liegt in der Frage, was das Eigene der „Einheimischen“ ist, das da verteidigt werden muss. Sie wird im Topos der „Leitkultur“, der lediglich ein inhaltlich beliebig zu füllendes Bollwerk gegen Andersartigkeit und Vielfalt darstellt, nicht beantwortet. Zum Legitimationserfolg wird dieses Eigene in staatstragender Absicht oft mit der demokratisch-rechtsstaatlichen Kultur Deutschlands in Verbindung gebracht.

Bereits 1990 formulierte Oskar Negt „fünf gesellschaftliche Schlüsselqualifikationen“, deren erste er darin sah, den Umgang mit bedrohter und gebrochener Identität zu lernen und aus „gelungener Balancearbeit“ Energien für die Bewältigung neuer Lebenssituationen zu gewinnen (zusammenfassend dargestellt in „Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche“, Steidl 1997). Erstaunlicherweise bezog er dies nicht auf Migration, sondern auf die Erosionen der durch den Kapitalismus geprägten Gesellschaft. Deren kulturelle Grundmuster seien Vertreibung und Flexibilität als individuelle Lösungsaufgabe; darin lassen sich Migration und Arbeitsmigration ohne Schwierigkeiten fassen.



© David Alan Harvey/Magnum Photos/Agentur Focus

Schon deutlich in außenkulturpolitischer Absicht forderte Wolf Lepenies Mitte der Neunzigerjahre in seinem Vortrag „Wozu deutsche auswärtige Kulturpolitik?“ politische und gesellschaftliche Akteure in Europa und speziell in Deutschland dazu auf, von der Belehrungskultur zu einer Lernkultur zu wechseln. Nur so könnten sie den bevorstehenden Herausforderungen in einer zusammenwachsenden Welt entgegentreten. Da sich die europäische Welt in der Vergangenheit gegen außereuropäische Kritik verschlossen habe, sei ihre Kultur bei der Belehrung stehen geblieben, so Lepenies.

In globaler Perspektive veröffentlichte die internationale Kommission der UNESCO ebenfalls Mitte der Neunzigerjahre einen Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert mit dem deutschen Titel „Lernfähigkeit. Unser verborgener Reichtum“. Als eine der vier Säulen der Bildung nennt der Bericht: Lernen, zusammenzuleben, also Respekt vor anderen Kulturen und Menschen zu entwickeln und sich der eigenen begrenzten Sicht der Welt bewusst zu werden.

15 bis 20 Jahre nach diesen Denkanstößen und angesichts des geschilderten Islambilds ist die Frage nach Lernfähigkeit, nach Lerngemeinschaften und nach einer gelingenden Balance in Deutschland brisanter denn je. Vor allem wurde eine Frage bislang kaum gestellt: WAS sollen, WAS können „Einheimische“ und „Zugewanderte“ voneinander lernen, damit sie in Lerngemeinschaften den „verborgenen Reichtum“ als Schatz heben und in „gelingender Balancearbeit“ Energien für die Bewältigung neuer Lebenssituationen gewinnen? Dies ist die Schlüsselfrage für eine Integrationspolitik.

Neben all den „interkulturellen Unfallberichten“ nimmt die Zahl der Darstellungen über Projekte zwischen alteingesessenen Deutschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – wie zum Beispiel das „interkulturelle Gärtnern“ – und über ermutigende Erfahrungen darin zu. In solchen Kooperationen werden offenbar „das Eigene“ und „das Fremde“ erfahrbar, lösen sich aus einer Erstarrung und bilden etwas Neues. Solche Erfahrungen sind oft in Dokumentationen zu Integrationsprojekten niedergelegt, werden aber bislang nur lokal wahrgenommen. Für eine abstrakte und polarisierende Begriffsebene wie die der „Identität“ und der „Leitkultur“ – eine Ebene, die auch politische Wirksamkeit entfalten könnte – eignen sie sich anscheinend kaum. Aber

in ihnen leuchtet eine Vorstellung von „So wollen wir gemeinsam leben“ auf.

Das Beispiel der Wirtschaft zeigt in verkürzter Weise, worum es dabei geht: Sie lernt, weil sie es muss. „Vielfalt als Chance“, das Leitmotiv der Charta der Vielfalt, ist ein positiv formuliertes Überlebensmotto; unter den gegebenen demografischen Bedingungen und einem beginnenden Fachkräftemangel werden aus billigen Arbeitsmigranten nun wertvolle, weil rare Arbeitskräfte. Dabei wirken die wirtschaftlichen Ziele für alle Beteiligten disziplinierend und üben einen sanften Zwang zu gelingendem Lernen, konfliktarmer Veränderung und funktionierender Kooperation aus. Im Einzelfall stellen nämlich das polykulturelle Wissen und ein einzigartiger, hybrider Fähigkeitenmix einen Entwicklungs-, Design-, Marketing- und Servicevorteil dar.

Welches wäre nun das große gesellschaftliche Ziel der Lerngemeinschaften? Welche gesellschaftlichen Ziele, die – vielleicht von Visionen beflügelt („So wollen wir gemeinsam leben“) – demokratisch gleichberechtigt ausgehandelt werden und nicht die Eindimensionalität wirtschaftlichen Erfolgs aufweisen, können den sanften Zwang zu gelingendem gemeinsamen Lernen ausüben? Zu lange hat sich die Integrationsdebatte in Deutschland mit – weich oder hart formulierten – Anpassungsforderungen befasst. Derzeit ist die Debatte demografisch motiviert. Allen Debatten zum Trotz ist der Ernstfall die gemeinsame Zukunft von Menschen verschiedener Kulturen. Das Nachdenken darüber steht am Anfang: Die Lebenswelten bestehen zunehmend und nur gewaltsam umkehrbar aus Mischformen. Es gibt nur noch „hybride Kulturen“ (Lepenies) – übrigens ein Grund dafür, dass Huntingtons „Clash of Civilizations“ nicht bestehen konnte, da er vom Islam im Singular spricht und den Westen insgeheim genau so denkt. Auch gilt diese Herausforderung für „den Islam“ selbst: Das Zusammenleben der Vielfalt seiner religiösen Strömungen in einem einzigen Staat kann einen Lerndruck für Muslime selbst darstellen.

Wenn also vom Lern- und Veränderungsdruck die Rede ist: Gibt es gemeinsame Lernräume zwischen Einheimischen und Zugewanderten? Und wenn ja, wo? Haben alle, auf die es ankommt, Zugang zu diesen Räumen? Sind es „Möglichkeitenräume“ im Sinne von Terkessidis’ „Interkultur“? Gibt es sie im Alltag, in der Hochkultur? Und welche neuen Paradigmen entstehen dabei?

Kann es eine andere Wahrnehmung von Vielfalt geben als die der Bedrohung einer als homogen interpretierten eigenen Kultur und Geschichte? In Kreisen der Hochkultur hat die Globalisierung das Denkmodell der „Migration der Künste“ hervorgebracht. In dieser Formulierung wird deutlich, dass der künstlerische Ausdruck sich in Themen und Positionen nicht an nationalstaatliche Grenzen hält und durch die tatsächliche Migration von Künstlerinnen und Künstlern sowie die nahezu globale Beliebigkeit von Produktions- und Vertriebsstandorten vielfältige Hybride hervorbringt. Der Gedanke der „Migration in den Künsten“ scheint das zeitgenössische Theater in Deutschland (anders als die Literatur und den Film) erst vor wenigen Jahren erreicht zu haben (Die Zeit 29/2007).

Letzteres mag man in dieser Entschiedenheit bezweifeln, aber wenn mit Brecht gesprochen das Theater der Ort ist, an dem die Gesellschaft – zumindest experimentell – ausgehandelt und erprobt wird, dann stehen wir auch hier an einem zaudernden Anfang. Die „Zeit“ zitiert Altmeister Roberto Ciulli mit Formulierungen, die ihre Nähe zu oder gemeinsame Quellen mit dem oben genannten Oskar Negt nicht verleugnen können und nicht zu Lepenies und der UNESCO. Umso bedrückender, dass man diese Zitate im Jahr 2011, 60 Jahre nach der ersten Anwerbung von Gastarbeitern aus Italien, als aktuelle Erkenntnis verkaufen kann: „Migration ist eine Alibifalle. Wir müssen endlich lernen, dass es keinen Unterschied zwischen Migranten und Nichtmigranten gibt, dass unsere Gesellschaft ihre Probleme nur auf die Gruppe der Migranten abschiebt.“

Das Leugnen von Unterschieden hat seine taktische Berechtigung. Aber in der Sprache von Oskar Negt, in der Formulierung „So wollen wir gemeinsam leben“ scheint das auf, was das Ziel globalen Lernens, das Ziel von Lerngemeinschaften ist, was die große gesellschaftliche Vision, den Ernstfall gemeinsamer Zukunft leiten könnte, was den Unterschieden ihren Raum lässt, ohne sie zum unüberwindlichen Hindernis aufzuwerten, und was gleichzeitig ein Trost für die Zumutungen der Globalisierung sein kann: Die Gestaltung von gemeinsamer Heimat in Deutschland, einer Heimat, in der jede und jeder gleichsam bei sich zu Hause beerdigt werden kann.

RONALD GRÄTZ IST GENERALSEKRETÄR DES INSTITUTS FÜR AUSLANDSBEZIEHUNGEN ■

Das Unfassbare erzählen

Das amerikanische Kino auf der Suche nach Möglichkeiten 9/11 aufzuarbeiten / Von Patrick Klügel und Frank W. Albers

Die Fernsehaufnahmen vom 11. September 2001 haben sich in Endlosschleifen solange in unser Gedächtnis eingebrannt, dass es nur noch eines einzigen Bildes bedarf, um die Geschehnisse dieses Tages in Erinnerung zu rufen. 9/11 ist aus medialer Perspektive nicht nur ein Wendepunkt in der Katastrophenberichterstattung, sondern eine Geschichte von der Übermacht der wiederkehrenden Bilder. Der Moment kurz vor dem Einschlag des zweiten Flugzeugs in den zweiten Turm des World Trade Centers ist zum Symbol für eine verwundete Stadt, eine angegriffene Nation, ein System im Krieg, einen weltgeschichtlichen Wendepunkt geworden: Ein einfaches Bild, das sich innerhalb kürzester Zeit mit unterschiedlichsten Bedeutungen auflud und immer weiter mit Bedeutungen aufladen wird. Ein Schlüsselmoment für Geschichte und Geschichten. Ein Bild auf dem Weg zum modernen Mythos?

Eine Funktionsweise des Mythos ist auch die Nacherzählung des Unfassbaren als Verbanung des unerklärlich Realen in den Bereich der Fiktion. Auf diese Weise funktioniert der Mythos als Katastrophenrhetorik seit Zeus' Gewitterzorn: Nacherzählung bedeutet Bewältigung.

Gerade die Erzähltraditionen des amerikanischen Films sind durch die großen Populär-Mythen aus der Gründungsgeschichte der USA geprägt worden und haben Genres wie den Western und den Katastrophenfilm hervorgebracht. Es scheint aber, dass im Falle der Katastrophe des 11. September der Einbruch des realen zerstörerischen Terrors in den amerikanischen Lebensalltag und in die Nachrichtenbilder die fiktionale filmische Adaption erschwert hat, da sich die Realität in ihren Bildern auf unheimliche Weise den Anschein des Fiktiven bewahrt, die in Dutzenden von Katastrophenfilmen bereits erzählt und in Variationen vorweggenommen wurde.

In kurzer Folge sind eine Reihe unterschiedlicher Filme erschienen, die sich 9/11 annähern. Die Entwicklung der Erzählstrategien dieser Produktionen liest sich als ein Versuch des amerikanischen Kinos, das Unfassbare und zugleich bildlich Übermächtige mit den eigenen Mitteln auf andere Art und Weise zu erzählen. Mehr als eine Annäherung ist es zunächst nicht: Der erste Film „The Guys“ von 2002 ist ein Kammerspiel des Regisseurs Jim Simpson über eine Journalistin, die einem der Feuerwehrmänner beim Versuch hilft, Worte zu finden, vom Schrecklichen zu erzählen, von seinen toten Kameraden, auf deren Beerdigungen er als Redner Trauerarbeit leisten muss. Die Twin Towers sieht man in diesem Film nicht. Aus der Perspektive des kleinen Mannes erleben wir das individuelle Trauma beispielhaft für das kollektive. Dem steht Simpsons filmische Trauerarbeit aber letztlich hilflos gegenüber – Erklärungen liefert er keine.

Es folgt 2003 mit Spike Lees Drama „25th hour“ der sicherlich interessanteste frühe Film über die Seele der USA nach 9/11. Der Kleinkriminelle Monty hat noch 24 Stunden, bevor er seine Haftstrafe antreten muss und diese Zeit nutzt er, um sich von seiner bisherigen Lebenswelt zu verabschieden und auf die Zukunft in Gefangenschaft, die mit großen Ängsten für ihn verbunden ist, vorzubereiten.

Es ist dabei zuerst ein Film über die Melancholie und die Unsicherheit in der verwundeten Stadt New York, die nicht nur Schauplatz dieses Films ist, sondern deren Verwundung als Subtext das visuelle Konzept bestimmt, die Charaktere prägen und den Plot des Films motiviert: Im Vorspann beleuchtet die Lichtinstallation auf Ground Zero den nächtlichen Himmel über New York. Fast beiläufig schwenkt die Kamera über Photographien der verunglückten Feuerwehrmänner oder die nächtlichen Bauarbeiten auf Ground Zero und verbindet so das Schicksal der Stadt mit dem Schicksal Montys. In einer der stärksten Szenen des Films fährt der Vater den Sohn durch die Straßen der Stadt ins Gefängnis und träumt von einem alternativen Ende, einer Flucht nach Westen, von einem Neubeginn. Die 25. Stunde ist so auch eine Metapher für Amerikas Glaube an die Möglichkeit, sich immer wieder neu zu erfinden. Die unterschiedlichen Erzählperspektiven der beiden größten und kommerziell erfolgreichsten Produktionen zum Thema 9/11, „United 93“ und „World Trade Center“, machen den Kampf des Kinos um seine Möglichkeiten ganz offensichtlich. „United 93“ ist 2006 in den USA produziert worden. Vielleicht ist es kein Zufall, dass sich mit Paul Greengrass ein Brite an die erste Hollywood-

Produktion zu den Anschlägen wagte. Er geht ausgesprochen sensibel und nüchtern vor und wahrt eine Distanz, die die starke emotionale Wirkung der Geschichte des Flugzeugs, das in einem Acker in Pennsylvania abstürzte, aber nicht schmälert. Im Gegenteil: Das teilweise minutiös geschilderte Geschehen im Flugzeug, gegengeschnitten mit dem Chaos in der nationalen Flugsicherung und den Controll-Centern, ist dramatisch wirkungsvoll verdichtet. Die unbekannt (Laien-) Schauspieler – der damalige Chef der Flugsicherung spielt sich selbst – verdeutlichen den Anspruch des Regisseurs, keine Heldengeschichten zu erzählen: keine Spezialeffekte, keine Identifikationsfiguren, kein Soundtrack, kein Happy End.

Es bedurfte eines scheinbar gegen die eigenen analytischen und künstlerischen Möglichkeiten und politischen Überzeugungen inszenierenden Oliver Stone, um die erste Phase der vorsichtigen

Annäherung des amerikanischen Kinos an 9/11 zu beenden. Dieser cineastisch relativ ideenlose, unpolitische, auf den kleinsten gemeinsamen nationalen Nenner zielende Katastrophenfilm versucht nicht weniger, als die Mittel des Genres nach dem Trauma zu rehabilitieren. An die Nachahmung der Bilder mit der größten symbolischen Wirkung kann er sich auch nach fünf Jahren noch nicht wagen. Aber Stone war es wichtig, eine Katharsis zu erreichen. Der Film zeigt keine großen Zusammenhänge, aber er wagt alles, wovon Greengrass Abstand nahm: die Spezialeffekte des Katastrophenfilms, zwei Identifikationsfiguren, musikalisches Pathos und ein Happy End im Angesicht der Katastrophe. Der Film wurde vom amerikanischen Publikum goutiert, weil sein Plot einem dokumentarischen Anspruch folgt: Alle Figuren basieren auf realen Vorbildern, die ungläublichen Geschichten der beiden verschüt-

teten Polizisten und ihres Retters, des ehemaligen Marine-Sergeants, haben sich tatsächlich so ereignet. Auf den noch rauchenden Trümmern raunt der einsame Soldat, dass es wohl einige gute Männer brauchen werde, um diese Sache zu vergelten. Auf den ersten Pressevorführungen in Deutschland führte nicht nur diese Szene zu Reaktionen ungläubiger Heiterkeit. Die Rezeptionsgeschichte der 9/11-Filme erzählt also auch von der unterschiedlichen Wahrnehmung des 11. September auf beiden Seiten des Atlantiks. Die erzählende Bewältigung des 11. September und seiner Folgen hat gerade erst begonnen.

PATRICK KLÜGEL IST PROJEKTASSISTENT, FRANK W. ALBERS PROJEKTLEITER IM PROGRAMMBEREICH „GESELLSCHAFT UND KULTUR“ DER ROBERT BOSCH STIFTUNG IN STUTTGART ■



© Alex Webb/Magnum Photos/Agentur Focus

Weltweite Krisenerfahrung

Stefanie Ernst im Gespräch mit Klaus-Dieter Lehmann

Der 11. September hat weit reichende Veränderungen im Kulturbereich nach sich gezogen. Stefanie Ernst spricht mit Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts, über die Auswirkungen von 9/11 auf eine der bedeutendsten Mittlerorganisationen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

politik und kultur: Wie reagierten die Goethe-Institute weltweit auf die Ereignisse des 11. September 2001?

Klaus-Dieter Lehmann: Für die Goethe-Institute war der 11. September und seine Konsequenzen ein einschneidendes Erlebnis. Als weltweit tätiges Kulturinstitut wurden wir allerdings bereits zuvor mit einer Reihe von Konflikten in schwierigen Ländern in anderen Weltgegenden konfrontiert, sodass die Arbeit, die wir nach den Anschlägen geleistet haben, zwar intensiviert wurde, die Art und Weise aber, wie wir anschließend in und mit Zivilgesellschaften agierten, bereits erprobt war. Herausforderungen, denen Goethe-Institute im arabischen Raum, in Asien oder in Afrika begegneten, haben bereits im Vorfeld des 11. September unsere Sensibilität geschärft. Somit konnten wir Instrumente nutzen, die bereits vorhanden waren.

puk: Die existenten Krisenerfahrungen haben folglich dazu geführt, dass im Anschluss an den 11. September keine Sprachlosigkeit und Ohnmacht einsetzten, sondern der Dialog mit dem Islam geführt werden konnte. Wie aber kann man ein solches einschneidendes Ereignis überhaupt kulturell aufarbeiten?

Lehmann: Es ist auffallend, dass die Muster, die durch den 11. September ausgelöst wurden, im Hinblick auf die Konfliktbewältigung stark verengt wurden. Immer, wenn eine Katastrophe, ein terroristischer Anschlag in der Welt stattfindet, dann wird fast automatisch das Konfliktmuster islamischen Fundamentalismus gegen die westliche Welt herausgestellt. Gleichzeitig ist die Wachsamkeit ebenso wie die Sensibilität gegenüber anderen Prozessen zurückgegangen. Diese Betrachtung ist zu einfach und muss kritisch hinterfragt werden. Der 11. September wirkt wie ein Schlaglicht, das grell diesen Punkt beleuchtet und andere Problemzonen im Schatten verschwinden lässt. Dazu haben die Bilder, die um die Welt gingen, viel beigetragen. Das Goethe-Institut kam durch seine Analysen zu dem Ergebnis, dass die Welt sehr viel fragmentierter, sehr viel unterschiedlicher ist als das, was uns die Deutungen des 11. September glauben machen wollen. Folglich ist es für uns wichtiger, Prozesse anzustoßen und nicht das Blickfeld auf die reine Konfrontation zu verengen.

In den letzten Jahren haben wir deshalb sehr viel stärker zivilgesellschaftlich gearbeitet als zuvor. Das bedeutet, dass wir in Ländern mit Konfliktpotential, denn über die reden wir ja hier, nicht primär als Kulturvermittler auftreten, sondern versuchen, eine Infrastruktur für kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten und Austausch in dem jeweiligen Land zu schaffen. In Ländern, in denen die Menschen um das nackte Überleben kämpfen, rückt Kunst und Kultur in den Hintergrund, wird verdrängt, reduziert, zensiert oder verboten. Andererseits kann Kultur gerade unter solchen

Bedingungen Alternativen entwickeln, Sprachlosigkeit überwinden, Hoffnung geben. Unsere Ansätze sollen deshalb Potentiale identifizieren, Talente fördern, kulturelle Infrastruktur schaffen und damit den Kulturakteuren und Künstlern Instrumente für ihre Arbeit geben. Wenn wir in Afghanistan Theaterproduktionen ermöglichen, in Ägypten Filmemacher ausbilden, in Afrika Künstler aus den verschiedenen Ländern in Festivals zusammenführen, dann entsteht eine selbstbestimmte kreative Arbeit – Kern einer Zivilgesellschaft. Das können dann für uns stabile Partner werden. Und ich glaube, dass diese Art von Vorgehen sehr fruchtbar ist. Das gilt sowohl für die islamistisch-fundamentalistischen Länder, als auch für die Länder mit prekären Systemen und für jene, die sehr unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Entwicklung haben, wie zum Beispiel China mit einer sehr, sehr schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, die von einer stark ausgebremsten gesellschaftlichen Entwicklung flankiert wird. Durch dieses Vorgehen werden wir wirksam, ohne dass wir von außen aufpfropfen oder Klischees benutzen.

puk: Ein einheitliches Vorgehen aller Goethe-Institute in Erinnerung an die Anschläge von vor zehn Jahren existiert nicht. Wichtiger als der Rückblick ist also die Stärkung der Zivilgesellschaft in bestimmten Regionen, um in Zukunft Ähnliches zu vermeiden?

Lehmann: Für die USA war der 11. September ein besonders tiefer Schock, denn Amerika wurde das erste Mal in seiner Geschichte – abgesehen

Fortsetzung von Seite 15

Interview Lehmann

von Pearl Harbor im 2. Weltkrieg – im eigenen Land angegriffen. Andere Länder kannten diese Verletzlichkeit ihrer eigenen Sicherheit schon früher. Diese Erfahrungen haben sich in das jeweilige kollektive Gedächtnis der Menschen eingebrannt. Im kollektiven Gedächtnis der USA existierte aber eine solche Verwundbarkeit bis dato nicht. Die USA haben auch einen hohen Blutzoll gezahlt, von der wirtschaftlichen Belastung ganz zu schweigen. Folglich wird die zehnjährige Wiederkehr des 11. September auch in den USA anders begangen werden als zum Beispiel in europäischen Ländern. Die schrecklichen Geschehnisse waren natürlich nicht nur für die USA und damit für unsere Arbeit einschneidend. Sie waren für die ganze Welt ein unauslöschliches Fanal.

Diesem Fanal ist vieles vorausgegangen, das zu solchen apokalyptischen Bildern geführt hat. Zum einen wäre hier neben dem religiösen Fanatismus der Prozess der Entkolonisierung zu nennen mit allen Folgeerscheinungen korrupter und despotischer Nachfolge-Systeme, dann der Zusammenbruch der Sowjetunion mit neuen Friktionen, Turbulenzen und Nationalismen und letztlich, wenn Sie so wollen, auch die Entkolonisierung im Inneren von Gesellschaften, also sexuelle, soziale, religiöse und ethnische Umbrüche und die weltweite Mobilität. Das alles sind ungeheuer komplexe Vorgänge, die Konfrontationspotentiale in sich tragen, die auch zu solchen Katastrophen wie 9/11 führen können, bei denen die Feindbilder mit vernichtender Härte gezeichnet werden. Diese harte Klischeebildung mit der ausschließlichen Fixierung auf Konflikte muss durch unterschiedliche Vorgehensweisen gebrochen werden. Sie lässt keine Prozesse und keine Alternativen zu und endet in Katastrophen. So ist es auch zu verstehen, dass die Goethe-Institute keine einheitliche Vorgehensweise im Gedenken an 9/11 vorgeben, sondern sehr spezifisch entsprechend der regionalen Gegebenheiten in der Welt in angemessener Form reagieren.

In Nordafrika und dem Nahen Osten haben wir mit dem arabischen Frühling eine andere Form der Auseinandersetzung erlebt. Sie beruhte nicht auf fundamentalistischen oder ideologischen Ideen, sie war eine kulturelle und intellektuelle Bewegung, getragen von jungen Leuten, die durchaus gut ausgebildet und kulturell interessiert waren. Die Menschen dort wollten keiner verlorenen Generation angehören, sie akzeptierten nicht mehr, dass die korrupten Regime das Sagen haben. Sie wollten eine eigene Lebensplanung. Eine gestärkte Zivilgesellschaft schafft Auswege aus Zwangslagen und setzt der Angst

etwas entgegen. Meiner Meinung nach kann das der Beginn eines neuen revolutionären Zeitalters sein. Und wir sind gut beraten, es zu unterstützen, denn sonst besteht die Gefahr einer erneuten Radikalisierung. Viele der Akteure waren vertraut mit den Goethe-Instituten, teilweise bei berufsbildenden Maßnahmen als Filmemacher, Videojournalisten oder Verlagsexperten, teilweise als Stipendiaten und in Austauschprogrammen.

puk: Die Goethe-Institute im arabischen Raum werden von den dortigen Akteuren also als verlässlicher Partner angesehen?

Lehmann: Absolut. Die Goethe-Institute sind für die Menschen, die im Nahen Osten Veränderungen bewirken wollen, Anlaufstellen und Freiräume, die sie für vertrauenswürdig erachten und an denen sie sich treffen und austauschen. Viele Organisationen im Nahen Osten und in Afrika haben ihre Partner verloren, weil sie in der Vergangenheit notgedrungen mit Regierungsstellen zusammenarbeiten mussten. Die Goethe-Institute haben neben den staatlichen Stellen auch immer mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Kunst und Kultur zusammengearbeitet, die heute eine entscheidende Rolle spielen. Das zeigt, dass es gerade in Umbruchzeiten nicht unbedingt die strukturierten Regierungsorganisationen, sondern die NGO's und die privaten Akteure sind, die dann eine Chance bieten, weiterzuarbeiten, ohne bei Null anfangen zu müssen.

puk: Wie gehen die NGO's vor Ort mit dem Vorwurf der deutschen Doppelmoral um? Auf der einen Seite unterstützt Deutschland die Kultur und die Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten, auf der anderen Seite liefert Deutschland Panzer nach Saudi-Arabien. Eine bestimmte nicht ganz einfache Situation.

Lehmann: Es ist eine Gratwanderung! Uns kommt aber unsere Unabhängigkeit zugute. Unsere Glaubwürdigkeit wird anerkannt. Wir werden nicht als politische Einrichtung sondern als kulturelle Organisation wahrgenommen, zu Recht.

puk: Spielt der Dialog mit der islamischen Welt, der im Zuge des 11. September intensiviert wurde, in der heutigen auswärtigen Kulturpolitik noch eine so große Rolle wie kurz nach den Anschlägen in New York?

Lehmann: Ganz bestimmt, allerdings hat sich die Herangehensweise meiner Meinung nach in zweierlei Hinsicht geändert. Zum einen hat man erkannt, dass die Vielfältigkeit der Prozesse Beachtung finden muss und man nicht mit einem monolithischen Block arbeitet. Dazu hat die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika viel beigetragen. Wir dokumentieren das ganz aktuell in dem neuen Goethe-Sonderheft von „Art&Thought“, in dem rechtzeitig zur zehnjährigen Wiederkehr von 9/11 die Reaktionen und Veränderungen von internationalen Autoren dargestellt werden.

Zum anderen, so hoffe ich, wird das verfügbare Geld künftig koordinierter ausgegeben. Ansätze sind zumindest zu sehen. Jede Organisation, jedes Ministerium verfolgt bevorzugt eine eigene Vorgehensweise. Wir könnten sehr viel erfolgreicher sein, wenn Fragen der kulturellen Vermittlungsarbeit, der Entwicklungsarbeit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den besonders intensiv betroffenen Gebieten abgestimmter betrachtet werden. Hier müssen die

Bereiche stärker untereinander kooperieren, ohne dass sie ihre spezifischen Profile aufgeben müssen. Voneinander abgeschottetes Denken und Handeln ist nicht unbedingt effektiv.

puk: Ich danke Ihnen für das Gespräch.

KLAUS-DIETER LEHMANN IST PRÄSIDENT DES GOETHE-INSTITUTS. STEFANIE ERNST IST REFERENTIN FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT BEIM DEUTSCHEN KULTURRAT ■

Islam · Kultur · Politik

Islam · Kultur · Politik ist eine regelmäßige Beilage zur Zeitung politik und kultur des Deutschen Kulturrates. Sie ist eine Kooperation des Deutschen Kulturrates und der Robert Bosch Stiftung. Die Beilage erscheint bis zum Jahr 2013 drei Mal jährlich.

Die Beilage Islam · Kultur · Politik soll die Debatte um die Rolle des Islams in Deutschland vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der muslimischen Religion auf Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen. Zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam beziehungsweise mit Muslimen beleuchtet werden.

Damit soll die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland versachlicht und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und unterschiedlicher Kulturen gewonnen werden. Der Deutsche Kulturrat versteht Islam · Kultur · Politik zudem als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen.

Bisherige Schwerpunkte waren:

- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 1/2011 von politik und kultur (40 Seiten), anhand von fünf Schwerpunktthemen (Islamische Vielfalt, Judentum Christentum Islam, Bildung Religion Glaube, Wissen über den Islam – Wissen des Islams, Islam in den Medien, Zusammenleben in Deutschland) wurde sich umfassend mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik auseinandergesetzt
- Dossier Islam · Kultur · Politik in Ausgabe 3/2011 von politik und kultur (8 Seiten), die im vorangegangenen Dossier aufgeworfenen Fragen wurden vertieft, einen Schwerpunkt bildete die auswärtige Kulturpolitik in islamischen Ländern.

Geplant sind weitere Ausgaben unter anderem zu den Themen: Jugendkultur und Islam, islamische Zivilgesellschaft in Deutschland, Stadtentwicklung und das Zusammenleben in Deutschland sowie Islam in Europa.

Wir freuen uns auf die weitere Diskussion zum Themenkomplex Islam · Kultur · Politik. Schreiben Sie uns unter: post@kulturrat.de. Die bisher erschienenen Hefte können unter www.kulturrat.de/text.php?rubrik=124 abgerufen werden.

OLAF ZIMMERMANN, GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR
OLAF HAHN, LEITER DES PROGRAMMBEREICHES GESELLSCHAFT UND KULTUR DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■



Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG

- 1 Kein Märchen aus tausendund-einer Nacht – Der Bruch des 11. September 2001 enthält die Chance eines kulturellen Aufbruchs
VON OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

PHILOSOPHISCHE UND RELIGIÖSE EINSCHÄTZUNGEN

- 2 Der 11. September und die Islamwissenschaft – Warum musste der Islam nach dem 11. September 2001 neu erklärt werden
VON PETER HEINE
- 3 Die Islamisierung des Islams
VON THOMAS BAUER
- 3 Täglich wird islamisches Recht angewandt
GABRIELE SCHULZ IM GESPRÄCH MIT MATHIAS ROHE
- 4 Augen ohne Gedächtnis sehen nichts – Persönliche Reflexionen zu 9/11
VON A.S. BRUCKSTEIN ÇORUH
- 5 Nine eleven und die Christen
VON FRIEDRICH WILHELM GRAF

- 5 Wie religiös sind Muslime in Deutschland? – Und mit welchen Folgen?
VON VOLKHARD KRECH

- 6 Gegenbilder entgegensetzen
VON PETRA BAHR

- 7 Religion und liberaler Verfassungsstaat – Der christlich-islamische Dialog an der Katholischen Akademie in Berlin nach 9/11
VON KATRIN VISSÉ UND JOACHIM HAKE

DER POLITISCHE UMGANG MIT 9/11

- 7 Sicherheitssorge statt Bedrohungsangst – Der 11. September und seine Folgen aus politikwissenschaftlicher Sicht
VON HERFRIED MÜNKLER

- 8 Die Kulturalisierung der deutschen Integrationspolitik – Grundannahmen der politischen Auseinandersetzung im Bundestag nach dem 11. September
VON PETRA KLUG

- 9 9/11 und die Welt danach
VON LARS KLINGBEIL

- 10 Um Jahre zurückgeworfen – 9/11 und die Folgen für Völkerverständigung und Integration
VON AIMAN A. MAZYK

9/11 ALS MEDIENEREIGNIS

- 11 Das kathartische Medienereignis – 10 Jahre danach – oder: Wie der 11. September 2001 den Journalismus veränderte
VON STEPHAN WEICHERT

- 12 Schalten ohne Pause – Live-Berichterstattung an 9/11
VON THOMAS NEHLS

- 13 Die Medien und der 11. September – Diskursive Deeskalation
VON LEWIS GROPP

KULTURELLE AUFARBEITUNG DER ANSCHLÄGE

- 13 Wer lernt von wem? – Islam in Deutschland
VON RONALD GRÄTZ

- 15 Das Unfassbare erzählen – Das amerikanische Kino auf der Suche nach Möglichkeiten 9/11 aufzuarbeiten
VON PATRICK KLÜGEL UND FRANK W. ALBERS

- 15 Weltweite Krisenerfahrung
STEFANIE ERNST IM GESPRÄCH MIT KLAUS-DIETER LEHMANN

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu politik und kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung politik und kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Olaf Hahn, Gabriele Schulz, Stefanie Ernst,
Patrick Klügel, Andrea Wenger

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. oder der Robert Bosch Stiftung wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von politik und kultur nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.